Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Bezugspreis in der Stadt für Abholer monatlich 21 Mk., durch Boten bezogen monatlich 28 Mk., bei Postbezug monatlich 21 Mk. frei Haus. Erscheint werktäglich nachmittags. Einzelnummer 1.50 Mk. Postscheckkonto: Amt Leipzig Nr. 16 654. Geschäftsstelle: Hälterstraße 4. Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg.

Anzeigenpreis Der 8gespaltene Millimeter Satzraum 1 Mk. und der 3gespaltene Millim. Reklamezeile 3 Mk. Kleine Anzeigen bei deren Aufgabe mit 6.00 Mk. in Zahlung genommen. Ziffergebühr 75 Pfg. Porto besonders. Anzeigenschluß vormittags 11 Uhr. Fernsprecher Nr. 108. Belegnummer wird berechnet.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger — Herausgeber Ludwig Baltz.)

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 145. — Freitag, den 23. Juni 1922 — 162. Jahrgang.

Tageschronik

Vertrauliche Verhandlungen mit dem Garantiekomitee in Berlin.

Das Aufkommen aus der Zwangsanleihe wurde vom Steuerausschuß auf 60 Milliarden Papiermark festgesetzt.

Zur Ausführung des Friedensvertrages und zur Deckung der Fehlbeträge bei Eisenbahn und Post bedarf das Reich einer Anleihe von 233,3 Milliarden Mark.

Die Juli-Gehälter der Beamten gelangen bereits am 24. Juni — in Merseburg am 26. Juni — zur Auszahlung.

Die französische Kammer nahm die 18 monatige Dienstzeit an.

Der englische Feldmarschall Wilson wurde von zwei Iren ermordet.

Die Stabilisierung des Markkurses.

Unzufriedenheit des Garantiekomitees.

Unser Berliner Vertreter erfährt zuverlässig von maßgebender Seite, daß die **Vorschläge der Regierung über die Stabilisierung des Markkurses der Garantiekommission ungenügend** erschienen. Infolgedessen hat sich die Garantiekommission das Recht vorbehalten, nach eingehender Prüfung der deutschen Verhältnisse, Vorschläge auszuarbeiten, die eine Stabilisierung des Markkurses herbeiführen können. An dem deutschnationalen Vorschlag, die Zwangsanleihe teilweise durch eine freie Anleihe zu ersetzen, der vom Steuerausschuß abgelehnt wurde, wird von dem Garantiekomitee kein Anstoß genommen. Es wird nur die Forderung ausgedrückt, daß das Reich möglichst bald in den Besitz der durch die innere Anleihe erwarteten Milliarde Goldmark gelangt.

Die Meldung, daß für die Verhandlungen mit dem Garantiekomitee eine Reihe von Kommissionen gebildet worden seien, wird von zuständiger Stelle im allgemeinen bestätigt. Es sind drei Kommissionen gebildet worden und zwar eine für die Einnahmen und Ausgaben, eine zweite für die Kapitalflucht und eine dritte für die Statistik. Daß auch eine Kommission für die Festsetzung der schwebenden Schuld gebildet worden sei, entspricht nicht den Tatsachen. Die Besprechungen mit dem Garantiekomitee haben zum Teil bereits am Mittwoch begonnen und brachten verschiedene sachliche Aufklärungen. Die Verhandlungen nehmen, wie amtlich verlautet, einen normalen Verlauf.

(Da die Entwertung der Mark mit allen ihren Folgen auch der „normale Verlauf" der Erfüllungspolitik ist, wird man diesen Verhandlungen mit dem Garantiekomitee ebenfalls mit dem größten Mißtrauen begegnen müssen.)

In einer Besprechung zwischen dem Reichsbankpräsidenten Havenstein u. dem Reichskanzler hat der Reichsbankpräsident erklärt, daß im Augenblick weder eine optimistische noch eine pessimistische Auffassung der Valutaentwicklung am Platze wäre. Man könne noch nicht voraussehen, welche Entwicklung der Markkurs nehmen werde. Nach seiner Auffassung sei es schwierig oder sogar unmöglich, in Zeiten mit starken Kursschwankungen durch **Stützungsaktion den Kurs der Mark einigermaßen stabil zu halten.** Selbst die größten hierfür aufgewendeten Mittel würden nicht ausreichen, da solche Aktionen nur Erfolg haben in Zeiten einer einigermaßen ruhigen Geldentwicklung, in denen kleinere Kursschwankungen erfolgen. Sollte in der Tat ein Marksturz eintreten, so ist auch nach Ansicht des Reichsbankpräsidenten **keine Möglichkeit gegeben, die bisherigen Finanzpläne durchzuführen.** Es würden dann weder die **Zwangszahlungen** an den Feindbund auf die Dauer geleistet werden können, noch würde die Regierung in der Lage sein, ihr Finanzprogramm zur **Balancierung** des Reichshaushalts durchzuführen.

60 Milliarden Zwangsanleihe.

Annahme im Reichstagsausschuß.

Im Reichstagsausschuß für Steuerfragen wurde der deutsch-nationale Gegenentwurf eines Gesetzes über die Zwangsanleihe abgelehnt. Eine ausführliche Debatte entspann sich darüber, ob der Betrag, den die Zwangsanleihe erbringen soll, auf den Gegenwert von einer Milliarde Gold festzusetzen sei, oder in einem entsprechenden Betrage Papiermark.

In der Abstimmung wurde der Antrag Becker-Hessen (D. Vp.) angenommen, der das Ergebnis der Zwangsanleihe auf **60 Milliarden Papiermark festsetzt.** Ein Antrag des Abg. Kahmann (Soz.) die Zwangsanleihe auf 75 Milliarden Papiermark zu limitieren, fand nur die Unterstützung der Sozialdemokraten und der Unabhängigen. Gegen den Antrag Dr. Becker-Hessen stimmten die Sozialdemokraten und die Unabhängigen.

Kein Grund für Krisengerüchte.

Das Werben um die Unabhängigen.

Berlin, 23. Juni. Gegenüber allen Versuchen der Stimmungsmache, denen man namentlich in der sozialistischen Presse begegnet, hält man in unterrichteten parlamentarischen Kreisen daran fest, daß **die parlamentarische Lage zu ernsten Befürchtungen keinen Anlaß gibt.** Die Streitfrage der Getreideumlage ist mit Absicht an den Unterausschuß verwiesen worden, damit dort eine Einigung erzielt werden kann. Für eine solche Verständigung bringen die Parteien den besten Willen mit und unter diesen Umständen wird wohl auch ein Weg gefunden werden können. Die Lösung der Zwangsanleihe und der Steuerfragen begegnet noch weniger unüberwindlichen Schwierigkeiten.

*

Von parlamentarischer Seite erfahren wir, daß die Sozialdemokratische Partei sich in letzter Zeit bemüht, die Beziehungen mit den Unabhängigen besser zu gestalten, um diese zu bewegen, an der Regierungspolitik teilzunehmen, damit die linken Parteien gemeinsam einen größeren Einfluß auf die Regierung gewinnen. Die Sozialdemokratie verfolgt dabei vor allem den Plan, wenn es ihr gelingt, die Unabhängigen zur Regierungspartei zu machen, eine Auflösung der unabhängigen Partei herbeizuführen und einen Uebertritt zur sozialdemokratischen Partei. Der rechte Flügel der Unabhängigen ist bereit, die Sozialdemokratie zu unterstützen und hat sich in wichtigen Fragen auch bereits auf seiten der Regierung wiederholt gestellt. Der linke Flügel der unabhängigen Partei ist jedoch der weit einflußreichere und stärkere, er lehnt jedes Zusammengehen mit der Regierung ab und sträubt sich entschieden dagegen, die Unabhängigen einmal von der Sozialdemokratie auflösen zu lassen.

233,3 Milliarden Anleihebedarf des Reiches

20 Milliarden Fehlbetrag bei Post und Eisenbahn.

Dem Reichstag ist eine Ergänzung zum Reichshaushaltsplan zugegangen. Der ordentliche Haushalt schließt nach der neuen Zusammenstellung mit rund 115,5 Milliarden Mark in den Einnahmen und rund 93 Milliarden Mark in den Ausgaben ab, so daß ein Ueberschuß von 16,5 Milliarden Mark verbleibt. Im außerordentlichen Haushalt dagegen stehen die Einnahmen in Höhe von rund 3,4 Milliarden Mark Ausgaben in Höhe von rund 6,9 Milliarden Mark gegenüber, so daß sich hier ein Fehlbetrag von etwa 3,4 Milliarden ergibt.

Verkehrsanstalten ergeben einen **Fehlbetrag** von rund **20 Milliarden Mark, die durch Anleihe zu decken sind.**

Die Ausführung des Versailler Vertrags erfordert einen Anleihebedarf von rund 210 Milliarden Mark, so daß der gesamte Anleihebedarf des Reichs sich auf rund 233,3 Milliarden Mark beläuft.

Bei der Eisenbahn ist der Haushalt ins Gleichgewicht gebracht. Er schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 100,3 Milliarden Mark ab. Dagegen ergibt sich im außerordentlichen Haushaltetat bei der Eisenbahnverwaltung **ein Ausgabenmehr von 17,4 Milliarden Mark.** Bei der Postverwaltung halten sich Ausgaben und Einnahmen ebenfalls mit 20,8 Milliarden das Gleichgewicht, während im außerordentlichen Haushalt ein **Fehlbetrag von 2,6 Milliarden Mark** vorhanden ist. Für die beiden Verkehrsanstalten zusammen ist bisher ein Fehlbetrag von rund 20 Milliarden Mark vorhanden.

Ein Notgeldgesetzentwurf im Reichsrat.

Berlin, 23. Juni. Der Reichsrat nahm den **Rapallovertrag mit Rußland** an. Mit der Abprägung von weiteren 20 Millionen Mark in 10-Pfennigstücken erklärte sich der Reichsrat einverstanden. Zur Ausprägung soll Eisen benutzt werden. Angenommen wurde ferner ein Gesetzentwurf über die **Ausgabe und Einführung von Notgeld.** Die Vorlage verpflichtet den Aussteller, das Notgeld gegen Zahlung seines Nennwertes einzulösen. Die Neuausgabe von Notgeld wird verboten. Der Finanzminister wurde aber ermächtigt, Ausnahmen zuzulassen. Angenommen wurde schließlich eine Verordnung, die die Gebühren der Rechtsanwälte abermals erhöht.

Vorauszahlung des Juligehaltes an die Beamten.

Im Beamtenausschuß des Reichstags stellte der Vorsitzende Abg. Deglerk (Dn.) die Frage, ob die Regierung Anordnung zur **sofortigen Auszahlung des Juligehalts an** Beamte und Ruheständler getroffen habe.

Regierungsrat v. Hagenow antwortete, daß das Kabinett beschlossen habe, der Rest der Beamten Rechnung zu tragen **und die Bezüge für Juli am 24. Juni auszahlen** zu lassen. — Abg. Morat (D. Vp.) fragte, ob die Regierung die Länder und Gemeinden zu gleichem Vorgehen veranlaßt habe. — Regierungsrat v. Hagenow erwiderte, daß der preußische Finanzminister dieselbe Anordnung getroffen habe; es sei anzunehmen, daß die übrigen Länder folgen werden.

*

Wie wir an hiesiger zuständiger Stelle erfahren, werden im Regierungsbezirk Merseburg die Gehälter am Montag, den 26. ausgezahlt.

Gewerkschaftsbewegung und Staatsgesinnung.

Ein großer Fehler der Vergangenheit — der leider auch heute noch vielfach gemacht wird — war, Arbeitnehmer und Sozialdemokratie als ein und dasselbe zu bezeichnen. Als Sozialdemokrat wurde jeder angesehen, der sich einer Gewerkschaft anschloß, um durch diese seine wirtschaftliche und soziale Lage zu verbessern. Da nun die Sozialdemokratie den Staat und die Wirtschaft, wie sie sich geschichtlich entwickelt hatten, ablehnte und mit den schärfsten Mitteln bekämpfte, wurde den gewerkschaftlich organisierten Angestellten und Arbeitern überhaupt die Staatsgesinnung abgesprochen. Es soll hier durchaus nicht verallgemeinert werden, aber es läßt sich nicht bestreiten, daß von vielen Seiten in dieser Hinsicht sehr gesündigt worden ist. Daß zwischen Gewerkschaft und Gewerkschaft ein Unterschied ist, daß es außer den sozialdemokratischen Gewerkschaften auch noch solche gibt, die nicht rein materiell abgestimmt sind, sah und sieht man vielfach nicht.

So ist es kein Wunder, daß die Kluft zwischen den Besitzenden und den Lohn- und Gehaltsempfängern immer mehr vertieft wurde. Wenn gerade die sozialdemokratischen Gewerkschaften in den früheren Jahren einen ungeheuren Aufschwung nehmen konnten, so liegt das sehr wesentlich an der falschen Einstellung des Staates und der übrigen Volksschichten gegenüber jeder gewerkschaftlichen Regung der Arbeitnehmer.

War schon früher die Bekämpfung jeder Gewerkschaftsbewegung an sich grundfalsch, so ist es das heute erst recht. Heute stehen den 8,25 Millionen Mitglieder zählenden sozialdemokratischen Gewerkschaften bereits über 3 Millionen von Arbeitnehmern gegenüber, die zwar ebenfalls sich zusammengeschlossen haben, um ihre wirtschaftliche und soziale Lage zu verbessern und dabei, wenn alle Stränge reißen, auch zum Streik als dem letzten Mittel im gewerkschaftlichen Kampfe greifen, die aber den Internationalismus und den reinen Materialismus ablehnen und sich zum christlichen und nationalen Gedanken bekennen.

Vielfach ist man der Meinung, daß die Arbeitnehmer sich des Streikrechtes begeben müßten, um ihre nationale Gesinnung zu beweisen. Es wird dabei jedoch vergessen, daß es immer ein Ringen zwischen den beiden Wirtschaftsgruppen, zwischen Arbeitgebertum und Arbeitnehmerschaft, geben wird, und daß dem Arbeitnehmer, wenn alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sind, nichts anderes übrig bleibt, als in den Streik einzutreten. Natürlich darf nicht, wie es von den sozialdemokratischen Gewerkschaften geschieht, um des Streikes willen gestreikt werden, sondern lediglich, um die soziale und wirtschaftliche Lage zu bessern und auch nur dann, wenn bei Arbeitgebern die soziale Gesinnung zu wünschen übrig läßt.

Es ist auch nicht angängig, sämtliche Gewerkschaften als Klassenkampf-Gewerkschaften zu bezeichnen, wie es von übelwollender Seite ständig geschieht. Auf dem Boden des Klassenkampfes stehen nur die sozialdemokratischen Gewerkschaften, während die anderen Richtungen der Gewerkschaftsbewegung sich zum Gedanken der Volksgemeinschaft bekennen. Es ist also völlig abwegig, den Arbeitnehmern, weil sie gewerkschaftlich organisiert sind, die Staatsgesinnung abzusprechen und als Beweis dafür die sozialdemokratischen Gewerkschaften zu nehmen, die sich in der Anzettelung von Streiks, in der Betonung der Notwendigkeit des Klassenkampfes und in der Erziehung zum Klassenhaß nicht gerade vorbildlich auszeichnen.

Gewerkschaftsbewegung und Staatsgesinnung sind durchaus nicht zwei entgegengesetzte Pole. Es wird Zeit, daß die Fehler der Vergangenheit abgelegt werden und daß man davon abkommt, die Gewerkschaftsbewegung nach den Sünden der sozialdemokratischen Gewerkschaften zu beurteilen.

Auch die Arbeitnehmer finden sich aus den Wirren der Revolution immer mehr und mehr auf den Boden des eigenen Volkstums zurück. Den Rechtsparteien gehören bereits Hunderttausende von Arbeitnehmern als Mitglieder an. Kürzlich haben sich die auf deutschnationalem Boden stehenden Privatangestellten zu einem **Deutschnationalen Angestellten-Bund,** der politischen Vereinigung der Privatangestellten in der Deutschnationalen Volkspartei, zusammengeschlossen, um an den Zielen der Deutschnationalen Volkspartei, der Herbeiführung der „großen Rechten" und an der Ueberwindung des marxistischen Geistes in der Arbeiterschaft mitzuarbeiten. Dieser Zusammenschluß ist gerade deshalb beachtenswert, weil die Mitglieder des Deutschnationalen Angestellten-Bundes fast durchweg gewerkschaftlichen Organisationen angehören und dadurch also zeigen, daß man wohl gewerkschaftlich organisiert sein kann, und doch auf nationalem Boden steht. Dieser Erkenntnis sollten sich die übrigen Kreise unseres Volkes nicht verschließen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919220623-13/fragment/page=0001

Sie sollte sie vielmehr veranlassen, in Zukunft den nichtsozialdemokratischen Gewerkschaften gegenüber eine andere Stellung einzunehmen als bisher. Dann wird es auch gelingen, das Vertrauen der übrigen Arbeitnehmer zu gewinnen und sie mit der Zeit auf den Boden der Volksgemeinschaft zu führen.

Die neuen Löhne der Staatsarbeiter.

Im Reichsfinanzministerium sind am Mittwoch abend die Besprechungen über die Lohnerhöhungen für die Reichs- und Staatsarbeiter zu Ende gegangen. Für alle Ortsklassen wurden folgende Erhöhungen vorgenommen: Für Lohnklasse I 3,70 M., für Lohngruppen II, III und IV um 3,60 M., für Lohngruppe V um 3,55 M., für Lohngruppe VI um 3,50 M. und für Lohngruppe VII um 3,45 Mark. Die Kinderzuschläge wurden von 1 auf 1,20 Mark erhöht.

Das Verbot des Uniformtragens.

Berlin, 23. Juni. Der Reichstagsabgeordnete Generalleutnant a. D. von Schoch hat kürzlich an den Reichspräsidenten ein längeres Schreiben gerichtet, in dem von Schoch an das Gerechtigkeitsgefühl des Reichspräsidenten appelliert und ihn bittet, das Verbot des Uniformtragens, das als Ausnahmegesetz gegen einen einzelnen Stand als standesverletzend empfunden würde, aufzuheben. Darauf hat das Büro des Reichspräsidenten geantwortet, daß der Herr Reichspräsident den Reichskanzler um Prüfung und Bericht darüber ersucht hat, ob und in welcher Weise eine gesetzliche Neuregelung der Frage des Uniformtragens der verabschiedeten Angehörigen der Wehrmacht vorgeschlagen werden kann.

*

Die Länder als Gegner der Rettung der Zeitungen

Das Nachrichtenbureau des Vereins deutscher Zeitungsverleger verbreitet folgende Mitteilung:

Von unterrichteter Seite geht uns unter obiger Ueberschrift folgende Mitteilung zu: Nachdem Reichstag und Reichsregierung sich von der Notwendigkeit überzeugt haben, durch Maßnahmen der Allgemeinheit der wirtschaftlichen Notlage der deutschen Zeitungen entgegenzutreten, nachdem ein Gesetzentwurf, der die Zustimmung des Reichstages zweifellos finden wird, im Kabinett fertiggestellt ist, wird aus **rein bureaukratischen Erwägungen heraus von den Ländern die ganze Aktion durchkreuzt.** Da mit dem Beginn der Reichstagsferien in allernächster Zeit ein Stillstand der Gesetzgebungsarbeiten eintreten muß, wird damit ein weiterer Kreis von Zeitungen der Not und dem Sterben ausgeliefert. Die gesamte deutsche Presse und mit ihr die Oeffentlichkeit werden zweifellos mit aller Energie dagegen Einspruch erheben, daß die Länder in Verfolgung von Sonderinteressen die Belange der Gesamtheit des deutschen Volkes, denen eine wirtschaftlich unabhängige Presse dient, außer acht lassen.

Berufung im Prozeß Killinger.

Die Offenburger Staatsanwaltschaft hat gegen das freisprechende Urteil in dem Prozeß gegen Kapitänleutnant a. D. v. Killinger Berufung eingelegt.

Stillegung der Heringsfischerei.

Alle Kapitäne und Steuerleute der Heringsfänger im Unterelbe-Unterweser- und ostfriesischen Gebiet sind von den Reedern entlassen worden, nachdem sie einen Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums über die Lohnfrage abgelehnt hatten. Da auch die übrigen Mannschaften entlassen werden müssen, liegt die ganze deutsche Heringsfischerei still.

Lefevres Schauermärchen.

Die 18 monatige Dienstzeit angenommen.

Paris, 23. Juni. In der Kammer benutzte der frühere Kriegsminister Lefevre die Gelegenheit der Diskussion über die Militärvorlage, um erneut sein Steckenpferd der deutschen Gefahr in der hohen Schule zu tummeln. Er verlangte, daß die Dienstzeit in der aktiven Armee auf zwei Jahre festgesetzt werde. Zur Begründung dieses Antrages führte er aus, Deutschland habe die Bedingungen des Versailler Vertrages nicht erfüllt und Frankreich habe auch noch nicht die Armee von 300 000 Kolonialsoldaten aufgestellt, die man vor zwei Jahren versprochen habe. Dann aber kam er auf die angebliche deutsche Geheimarmee zu sprechen und führte aus, daß man leider nicht die ganze deutsche Artillerie zerstört habe. Die Kontrolle überstieg die Kräfte der auf 400 Personen bestehenden Kommissionen Nollets. Weiterhin tischte er wieder das Märchen auf, daß die Reichswehr unter dem Deckmantel der gestatteten 100 000 Mann in Wahrheit jährlich 250 000 Mann ausbilde. In der weiteren Aussprache bekämpfte Oberst Fabry den Antrag Lefevre und sagte, man dürfe nicht vergessen, daß Frankreich in der Besetzung des linken Rheinufers den größten Trumpf in der Hand habe. Nachdem auch Kriegsminister Maginot sich gegen Lefevres Antrag gewandt hatte, wurde dessen Antrag mit 551 gegen neun Stimmen abgelehnt und die achtzehnmonatige Dienstzeit mit 340 gegen 253 Stimmen angenommen.

Warum das Wiesbadener Abkommen noch nicht ratifiziert ist.

Paris, 23. Juni. Léon Bailleh spricht im „Intransigeant" von den wahren Ursachen, denen die Verzögerung der Ratifikation des Wiesbadener Abkommens und infolgedessen der Durchführung der deutschen Sachleistungen an Frankreich zuzuschreiben ist. Bekanntlich liegt das Wiesbadener Abkommen der französischen Kammer seit dem 21. März zur Genehmigung vor. Bailleh sagt u. a.: der **bürokratische Wirrwarr, die Hintanstellung der Interessen des Volkes hinter die persönlichen Interessen, die persönlichen Feindseligkeiten der Staatsmänner unter sich, das sind, klar gesehen, die Gründe, weshalb wir von unseren Schuldnern noch nicht für einen Sou Waren bekommen haben,** während wir auf Lieferungen im Werte von drei bis vier Milliarden Anspruch haben. Und da sagt man, Frankreich sei arm und müsse nach einem Ausweg aus seiner schwierigen Lage suchen. Wie würde es dann erst stehen, wenn Frankreich reich wäre.

Der Mörder der Frieda Gucas.

Idstein, 23. Juni. Der Mörder der Frieda Gucas ist jetzt in der Person eines Soldaten der hiesigen marokkanischen Besatzung ermittelt worden. Dieser Soldat war vor einiger Zeit wegen Geistesgestörtheit in das Mainzer Lazarett gebracht worden. Er zeigte sich dort verdächtig, wurde wieder nach Idstein gebracht und hat nunmehr die Bluttat eingestanden.

Japan nimmt das Washingtoner Jap-Abkommen an.

Paris, 23. Juni. Nach einer „Temps"-Meldung aus Tokio ist das Washingtoner Abkommen über die Insel Jap vom japanischen Ministerrat wie vom Regenten selbst genehmigt worden. Die Dokumente für die Ratifizierung werden demnächst mit den maßgebenden Unterschriften versehen nach Washington gesandt werden.

Feldmarschall Wilson ermordet.

Zwei Iren als Täter.

London, 23. Juni. **Der Feldmarschall Sir Henry Wilson** wurde gestern nachmittag auf seinem Landsitz bei London von zwei Männern erschossen. Wilson kam in Khakiuniform von einer Kriegerdenkmalsenthüllung. Beim Aussteigen aus der Kraftdroschke schossen zwei junge Iren auf ihn. Er bückte sich, lief schnell die Stufen zu seiner Haustür hinauf, erhielt aber den tödlichen Kopfschuß, ehe er die Tür aufgeschlossen hatte. Die Täter flüchteten schießend, wobei drei Polizisten und ein Zivilist schwer verwundet wurden. Ein Polizist verstarb bereits. Wilson war schon seit einiger Zeit unter polizeilichem Schutz, da ein Anschlag befürchtet wurde. Die Mordtat erregt ungeheures Aufsehen. Die Mörder wurden verhaftet, sie heißen Connelly und Mehrien.

Ultimatum der österreichischen Bauern.

Wien, 23. Juni. Die mit so großem Optimismus erwartete Regierungsaktion zur Unterstützung der deutschösterreichischen Finanzen ist am Donnerstag aufs schwerste gefährdet worden durch einen Beschluß des christlich-sozialen Reichsbauernbundes, der den Bundeskanzler Prälat Seipel sowie den Finanzminister Segurd desavouiert und ihnen ein Ultimatum gestellt hat. Die von dem Finanzminister angekündigte Gesetzesvorlage über eine **Zwangshypothek auf den Goldwert des Grundbesitzes** sei in dieser Form **unannehmbar** und wenn auch die Landwirtschaft herangezogen werden soll, so könnte dies nur dann geschehen, wenn das **mobile Kapital aufs schärfste besteuert** werde und wenn weiter **die sozialistischen Errungenschaften aufgehoben würden**, d. h. **die Arbeitslosenunterstützung und der Achtstundentag.** Falls die Regierung nicht diese Bedingungen erfüllt, werde der Reichsbauernbund seinen besonderen Vertreter, den Landwirtschaftsminister Bachinger, aus dem Kabinett herausnehmen.

Sodann hat die Bezirksunion, die 10 000 Telegraphen- und Telephonangestellte umfaßt, nach mehrtägigen Verhandlungen mit der Regierung den Beschluß gefaßt, noch eine letzte Frist zu gewähren. Falls aber bis zum heutigen Freitag ihre Forderungen nicht bewilligt werden, soll in den Streik eingetreten werden.

Auf dem Effektenmarkte macht sich bereits wieder beträchtliche Nervosität bemerkbar und am Donnerstag, dem freien Börsentage, waren sowohl Valuten wie Effekten wieder in starker Steigerung begriffen.

Aus Stadt und Umgebung

Helfer für das Kinderfest!

* Spielkundige Helfer und Helferinnen, die bereit sind, beim Kinderfest mitzuwirken, werden gebeten, sich am 24. d. M., nachmittags von 4—6 Uhr im Rathaus, Zimmer Nr. 24, einzufinden.

Schröder-Stiftung.

* Zufolge letztwilliger Anordnung der Erblasser, Geschwister Schröder sollen alljährlich am 9. Juli aus der von diesen errichteten Stiftung Unterstützungen von mindestens 50 Mark an solche bedürftige Einwohner hiesiger Stadt, denen keine öffentliche Unterstützung zu gewähren ist, verteilt werden. Gesuche um Bewilligung einer solchen Unterstützung sind bis zum 30. dieses Monats im Rathaus eine Treppe, Geschäftszimmer 10b — mündlich oder schriftlich — zu stellen.

Probe-Alarm der Feuerwehr.

Gestern abend kurz vor 7 Uhr ertönte vom Turme der Stadtkirche und durch schrilles Pfeifen der Sirenen in den hiesigen größeren Fabriken Feueralarm, der eine gewisse Beunruhigung unter unseren Einwohnern brachte, trotzdem es schon im Voraus genügend bekannt war. Dieser Alarm galt der hiesigen Freiwilligen- und Pflichtfeuerwehr, die zu einer Gesamtübung zusammengerufen wurden. Schnell waren die Mannschaften, fast vollzählig, zur Stelle. Als Brandobjekt hatte man die hiesige Engelhardt-Brauerei gewählt. Rasch und sicher wurden die für jede Abteilung der Feuerwehr bestimmten Gebäude, sofort nach Eintreffen am Brandherd in Angriff genommen, und man kann im Ernstfalle gewiß sein, daß unsere Wehr ebenso entschlossen eingreift, wie sie es hier bei dieser Gesamtübung gezeigt hat. Nach Schluß der Uebung hatte es sich die Engelhardt-Brauerei nicht nehmen lassen, die Feuerwehrleute mit einem Gläschen ihres „köstlichen Naßes" zu bewirten.

Schwerer Unglücksfall.

Die Unsitte einen fahrenden Zug zu besteigen, hat wieder einmal schwere Folgen gebracht. Kürzlich bestieg eine Arbeiterfrau aus Halle, die in dem Leuna-Werk beschäftigt ist, auf dem Bahnhof Leuna den von Weißenfels hereinfahrenden Zug. Um sich möglichst schnell Sitzgelegenheit zu verschaffen, sprang sie mit großer Hast auf den noch fahrenden Zug, kam hierbei aber zu Falle und zog sich recht schwere Verletzungen an den Beinen zu, so daß sie fortbefördert wurde und ärztliche Hilfe sogleich nötig war. Immer wieder muß davor gewarnt werden, fahrende Züge zu besteigen.

Holländischer Besuch in Merseburg.

* Eine holländische Reisegesellschaft, bestehend aus 50 Landwirten aus der Provinz Zeeland, berührte gestern unseren Kreis auf der Reise zu der in diesen Tagen in Nürnberg stattfindenden Ausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft. Es wurden von ihnen die Versuchswirtschaft Lauchstedt, die vor dem Kriege prämiierte Wirtschaft des Herrn Friedrich Frauendorf, Knapendorf, die hiesige Landwirtschaftliche Schule und die Saatgutwirtschaft des Herrn v. Rein in Osmünde bei Gröbers besichtigt. Die Rundfahrt erfolgte in Halleschen Automobilen und gewährte den Teilnehmern einen guten Ueberblick über die landwirtschaftliche Kultur unseres Kreises.

Arbeitsüberbürdung in Merseburg.

Der Regierungspräsident an Abg. Delius.

Wiederholt hat der Reichstagsabgeordnete Delius sich bei der Regierung in Merseburg, die besonders mit den Berechnungen der Gehaltsbezüge der Lehrer im Rückstande ist, verwendet und um Beschleunigung der Arbeiten gebeten. Jetzt hat der Regierungspräsident auf eine weitere Beschwerde des Abgeordneten über die Wohnungsmietanrechnung folgende Antwort erteilt:

„Auf das gefällige Schreiben vom 3. v. M. danke ich Ihnen ergebenst für die Anregung, die Sie wegen der beschleunigten Regelung der Wohnungsmietanrechnung der Volksschullehrer gegeben haben. Niemand kann mehr wie ich und die Schulabteilung der Regierung bedauern, daß die Ausführung des Diensteinkommengesetzes und die Regelung der Gehalts- und Pensionsbezüge nicht in der Schnelligkeit erfolgen kann, wie sie den berechtigten Interessen der Beteiligten entsprechen würde. Aber die Verhältnisse sind mächtiger wie wir. Die geringe Zahl der Büro-(Rechnungs-) Beamten erlaubt es nicht, daß mehrere der großen Ausführungsarbeiten nebeneinander in Angriff genommen werden. Sie müssen daher notgedrungen nacheinander folgen, was naturgemäß außerordentlich viel Zeit raubt. Augenblicklich ist auf Anweisung des Herrn Finanzministers die Schulabteilung damit beschäftigt, die Umrechnung der Versorgungsbezüge der Ruheständler und Hinterbliebenen festzustellen, was voraussichtlich bis Ende dieses Monats gelingt. Danach muß unter allen Umständen das Jahresfoll für alle Lehrerstellen (ca. 5000) berechnet werden. Vielleicht ist es möglich, gleichzeitig die Ermittlungen der an die Lehrer zurückerstattenden Differenzbeträge der Wohnungsmiete in Angriff zu nehmen. Wegen Hilfeleistung der Lehrer zu diesem Zweck ist bereits mit dem Vorsitzenden des Bezirkslehrerrats Rücksprache genommen worden. Eine zeitliche Garantie für den Abschluß dieser Arbeit kann allerdings aus den vorerwähnten Gründen nicht gegeben werden.

Wer nicht mitten in diesen Arbeiten steht, kann sich von seinem Uebermaß keinen Begriff machen. Die Ueberbürdung wird noch dadurch bis zur Unerträglichkeit gesteigert, daß fortwährend das Büro der erfahrenen Rechnungsbeamten durch schwere und langdauernde Erkrankungen dezimiert wird, wodurch Lücken einreißen, die durch die angenommenen Lehrerhilfskräfte nicht ausgefüllt werden können.

gez. von Rohrscheidt,
zugl. f. d. beurlaubten Reg.-Präsidenten."

* * *

Verviefachung der Teuerungszuschüsse für Monat Juli 1922

Wegen der weiteren Zunahme der Teuerung werden die Sätze der Teuerungszuschüsse, die nach den Erlassen vom 1. und 7. Dezember 1921 für den Monat Juli 1922 zu zahlen sind, für die Rentenempfänger, deren regelmäßiges Einkommen ohne die Versorgungsgebührnisse die jeweiligen Höchstsätze der Erwerbslosenunterstützung nicht übersteigt, verviefacht. Für Rentenempfänger, deren Einkommen diese Höchstsätze um nicht mehr als die Hälfte übersteigt, werden die Sätze der Teuerungszuschüsse verdoppelt.

Beschädigte, die eine Rente von weniger als 50 v. H. beziehen (Leichtbeschädigte), und erwerbsfähige Witwen können auf Antrag vom 1. Juli 1922 ab endsfalls Teuerungszuschüsse erhalten, wenn sie trotz eifrigen eigenen Bemühens und trotz der Mitwirkung der Fürsorgestelle eine regelmäßige Erwerbstätigkeit nicht haben aufnehmen können und wenn sie neben der Rente kein Einkommen (aus Arbeit, Kapitalzinsen, Pensionen usw.) haben, das die jeweiligen Höchstsätze der Erwerbslosenunterstützung um mehr als die Hälfte übersteigt.

Es erhalten monatlich,

a) wenn das sonstige Einkommen (ohne die Versorgungsgebührnisse) die jeweiligen Höchstsätze der Erwerbslosen-Unterstützung nicht übersteigt: Leichtbeschädigte 360 M., und außerdem, wenn sie für Kinder zu sorgen haben, für jedes Kind einen Zuschuß von 120 M.; erwerbsfähige Witwen 320 M.

b) wenn das sonstige Einkommen (ohne die Versorgungsgebührnisse) die jeweiligen Höchstsätze der Erwerbslosenunterstützung um nicht mehr als die Hälfte übersteigt: Leichtbeschädigte 180 M. und außerdem, wenn sie für Kinder zu sorgen haben, für jedes Kind einen Zuschuß von 60 M.; Erwerbsfähige Witwen 160 M.

Die Vorschriften des Erlasses vom 1. Dezember 1921 finden entsprechend Anwendung. Die Teuerungszuschüsse können danach auch Empfängern eines Uebergangsgeldes und Empfängerinnen einer Witwenbeihilfe gewährt werden; sie werden durch die zuständige Fürsorgestelle gezahlt. Dienstzeitrentenempfänger (Kapitulanten) und Personen, auf die das Pensionsergänzungsgesetz vom 21. Dezember 1920 Anwendung findet, können die Teuerungszuschüsse nicht erhalten.

Zu allen Zahlungen von Teuerungszuschüssen sind Lohnbescheinigungen der Arbeitgeber unbedingt vorzulegen. Die Zahlungstage werden noch besonders bekannt gegeben.

* * *

Sitzung des Provinzial-Ausschusses — Die Provinzialsteuern für 1922.

*h. Der Provinzialausschuß hielt am vergangenen Mittwoch eine Sitzung ab, in der er sich mit der ihm vom Provinziallandtag zur endgültigen Erledigung übertragenen Vorlage betreffend Aenderung der Satzung der Provinzial-Lebensversicherungsanstalt der Provinz Sachsen befaßte. Um eine bessere Ausnutzung der bisher als reine Provinzialanstalt betriebenen Versicherung zu ermöglichen, soll eine Zusammenlegung mit dem Girobverbande der Sparkassen erfolgen. Der Provinzialausschuß wird im Gegensatz zum Landtage mit großer Mehrheit der Satzungsänderung zustimmen. Ferner erteilte der Provinzialausschuß in Uebereinstimmung mit der Stellungnahme des Elektrizitätsausschusses die Zustimmung zu Kapitalserhöhungen und Uebernahme von Darlehnsbürgschaften. Bei der Landelektrizität G. m. b. H. in Halle sollen Aktien in Höhe von 6,5 Millionen Mark erworben und bis zu 55 Millionen Mark Zinsgarantie übernommen werden, das Gleiche bei der Ueberlandzentrale Südharz in Bleicherode (1,96 Millionen Mark Anteilerhöhung und bis zu 16 Millionen Mark Darlehnsbürgschaft). Eine Beteiligung an dem Elektrizitätsunternehmen wurde abgelehnt. Dem Verbande mitteldeutscher Verkehrsvereine wurde zur Herausgabe eines Führers durch die bedeutsamsten Orte der Provinz eine Beihilfe von 2500 Mark gewährt. Zur Fixierung des Röntgenzimmers in der Landesfrauenklinik in Erfurt wurden die erforderlichen Geldmittel bewilligt. Im weiteren Umlauf der Sitzung hatte der Ausschuß den vorläufigen Verteilungsplan über die von den Stadt- und Landkreisen der Provinz Sachsen im Rechnungsjahr 1922 aufzubringenden Provinzialsteuern aufgestellt. Es ist ein

Gesamtbetrag von 182 616 228 Mark

umzulegen und zwar unter Zugrundelegung des umlagefähigen Realsteuersolls für 1921. Von dem vorläufigen Verteilungsplan haben Halle 13 548 628 Mark, Magdeburg 26 209 693 Mark, Erfurt 10 207 348 Mark an Provinzialsteuern zu leisten. Der Verteilungsplan für die einzelnen Stadt und Landkreise im Regierungsbezirk Merseburg ist folgender: Bitterfeld 5 163747 Mark, Delitzsch 4 224 509 Mark, Eckartsberga 2 105 393 Mark, Eisleben (Stadt) 1 259 801 Mark, Mansfelder Seekreis 4 122 398 Mark, Mansfelder Gebirgskreis 3 186 941 Mark, Liebenwerda 2 077 163 Mark,

Merseburg (Stadt) 1 348 575 Mark,
Merseburg (Land) 4 033 021 Mark,

Naumburg (Stadt) 1 870 402 Mark, Naumburg (Land) 859 664 Mark, Querfurt 4 148 237 Mark Saalkreis 4 233 908 Mark, Torgau 2 073 904 Mark, Weißenfels (Stadt) 2 174 772 Mark, Weißenfels (Land) 3 399 192 Mark, Wittenberg (Stadt und Land) 3 884 895 Mark, Zeitz (Stadt) 2 030 131 Mark, Zeitz (Land) 1 867 758 Mark. Auf die Regierungsbezirke verteilt entfallen: Magdeburg 76 186 245 Mark, Merseburg 73 482 744 Mark, Erfurt 29 947 237 Mark.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919220623-13/fragment/page=0002

Der Evangelische Männer- und Jugendverein

hielt am Donnerstag abend seine stark besuchte Mitgliederversammlung ab. Es handelte sich ja um etwas Entscheidendes: um Neuwahl eines ersten Vorsitzenden nach dem Tode des bisherigen Vereinsleiters. Herr Klos widmete als zweiter Vorsitzender dem entschlafenen Herrn Pastor Werther herzliche Worte der Treue und Trauer, und nahm dann als neue Mitglieder in den Verein auf die Herren Jünger, Graf, Mikleh, Ehrentraut und Nowak. Die eigentliche Wahl fand unter dem Vorsitz von Herrn Hübner statt. Es wurde einstimmig Herr Klos zum ersten Vorsitzenden gewählt, und ebenso als drittes Mitglied in den geschäftsführenden Vorstand Herr Baßenge. In den erweiterten Vorstand trat durch Zettelwahl Herr Walther Schliephake ein. Der Vorsitz ruht in den Händen von Männern, die dem entschlafenen Pastor Werther in jahrelanger treuer Arbeit zur Seite gestanden haben, und sie sich ihm verantwortlich fühlen für das Werk, das er uns hinterlassen hat. An den Vereinsmitgliedern, jungen oder alten, wird es nun liegen, dem neuen Vorstand seine schwere Aufgabe lieb zu machen und wo möglich zu erleichtern. Mit dem Geist Pastor Werthers steht und fällt der Verein. Wir wünschen dem Vorstand und den Mitgliedern die Kraft, diesem Geist treu zu bleiben und ihn festzuhalten.

* * *

Versammlungen und Veranstaltungen.

Zur Trauerkundgebung. Im heutigen Anzeigenteil fordern folgende Parteien und Vereine ihre Mitglieder auf zur Teilnahme an der am Sonntag stattfindenden Trauerkundgebung: Deutsche Volkspartei, Deutschnationale Volkspartei, der Stahlhelm, die Merseburger Kriegervereine, die Oberschlesier und der Sportverein 99.

Deutscher Rentnerbund. Am Donnerstag, 29. Juni, findet im Tivoli eine Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung im heutigen Anzeigenteil.

Hausbesitzer. Am Freitag nächster Woche im Strandschlößchen Versammlung.

Eingesandt

„Wer ist an den hohen Fleischpreisen schuld?"

Am 21. Juni 1922 kaufte meine Frau bei Fleischermeister Walter Göthe, Gotthardtstraße 26, ein Pfund Mettwurst und zwar nachdem wir uns zuvor an der im Schaufenster stehenden Preistafel über den Preis der Wurst, der mit 72 Mark verzeichnet war, unterrichtet hatten. Verlangt wurden von meiner Frau für das Pfund Mettwurst 76 Mark, die jedoch von meiner Frau unter Hinweis auf die Preistafel nicht gezahlt wurden. Meine Frau zahlte für die Wurst den Preis von 72 Mark. Flugs wurde die Preistafel auf 76 Mark „berichtigt".

Am 22. Juni 1922 — am folgenden Tage also — ließ ich mir durch einen jungen Mann nochmals ein Pfund derselben Wurst holen. Diesem sagte ich, daß die Wurst heute jedenfalls 76 Mark kosten würde, obwohl meine Frau gestern noch 72 Mark bezahlt hätte. Der junge Mann wollte sich von dem Betreten des Ladens von der Richtigkeit meiner Angaben überzeugen und fand auch den Preis für ein Pfund Mettwurst auf der Preistafel mit 76 Mark verzeichnet. Im Laden wurden ihm für die Wurst jedoch 80 Mark abverlangt. Seinen Einwendungen, daß der Preis nach der Preistafel doch nur 76 Mark betrage, wurde damit widersprochen, daß dies noch der „alte Preis" sei.

Ich ging nun sofort mit dem jungen Mann zur Fleischerei und forderte die zu viel gezahlten 4 Mark zurück, die ich auch erhielt. Meine Aeußerung, daß man an diesem Vorkommnis sähe, wie die Preise gemacht würden und wer sie mache, wurde mir wörtlich mit **„da müssen Sie zu den Bauern gehen und sich beschweren!"** geantwortet.

In der Zeit von dem Verlassen des Ladens durch den jungen Mann bis zu meiner Rückkehr — etwa 5 Minuten — war natürlich die Preistafel auf 80 Mark berichtigt.

Da nun innerhalb 24 Stunden der Preis für die Wurst um 8 Mark pro Pfund gestiegen ist und die Wurst zweifellos von der gleichen Schlachtung stammt, kommt mir unwillkürlich die Frage:

„Wer ist an den hohen Fleischpreisen schuld?"

Freuen würde ich mich, wenn das Finanzamt hiervon ebenfalls Notiz nähme.

Franz Hahndorf.

Aus Kreis und Nachbarkreisen

Raubüberfall.

** **Halle,** 23. Juni. In der letzten Nacht gegen 4 Uhr wurde in den Anlagen am Wasserturm in der Magdeburger Straße ein auswärtiger Kaufmann in bewußtlosem Zustande aufgefunden. In der Klinik, wohin er gebracht worden war und das Bewußtsein wieder erlangt hatte, gab er an, von zwei Männern und einer Frau überfallen und beraubt worden zu sein. Ermittelungen nach den Tätern sind aufgenommen.

Wieder ein räubischer Ueberfall.

Halle, 22. Juni. Schon wieder ist auf einen Kassenboten ein erfolgreicher Ueberfall verübt worden. In der Nähe von Sollstedt überfielen zwei mit Revolvern bewaffnete Räuber den Kassenboten der Gewerkschaft Schmidtmannshall, als er etwa eine halbe Million Mark Löhnung von dem Verwaltungsgebäude nach dem 10 Minuten entfernten Schacht bringen wollte. Den Räubern fiel der ganze Betrag in die Hände.

Diebstahl.

Pauitz, 21. Juni. Dem hier wohnhaften Pfleger Eisermann ist in der Nacht zum Sonntag sein ganzer Hühnerbestand gestohlen worden.

* * *

Kleine Tagesnachrichten.

Halle a. S. Nach Mitteilung des Landwirtschaftlichen Tarifamtes Sachsen-Anhalt wird es sofort nach Bekanntwerden des Preises für das Umlagegetreide in Verhandlungen über eine Lohnerhöhung für die Landarbeiter eintreten. Die dann zu beschließenden Zulagen werden rückwirkend ab 25. Juni gezahlt werden. — Arnstadt in Thüringen. Eine ganze Familie erkrankte nach Genuß verdorbenen Käses. Die Ehefrau ist bereits nach dreitägigen Qualen gestorben. — Niederorschel. Der Blitz schlug hier in eine Gruppe Schulkinder und tötete einen Knaben auf der Stelle, verletzte zwei weitere schwer, zwei andere leichter. — Buttstädt. 890 rohe Hamsterfelle, 127 Maulwurfsfelle und einige Iltisfelle wurden einem hiesigen Kürschnermeister gestohlen. — Hettstadt. Durch ein Auto überfahren und schwer verletzt wurde hier das sechsjährige Töchterchen des Bergmanns Bielert. — Könnern. In Trebitz ertrank beim Pferdeschwemmen in der Saale der 17jährige Wirtschaftslehrling eines Gutsbesitzers. Er hatte einen Hufschlag erhalten und war ins Wasser gefallen. — Wolkmeritz bei Wettin. Totgefahren wurde durch ein mit Ziegeln beladenes Lastauto der 70jährige Mann, der offenbar beim Absteigen von dem zur Heimfahrt benutzten Gefährt verunglückt ist. — Staßfurt. Ertrunken ist im Mühlgraben der 12jährige Erich Schulz beim Baden. — Eisleben. Der Benzintank eines großen Schupoautos explodierte bei Kelbra. Zwei Eisleber Chauffeure sind schwer verbrannt. Das Auto war auf einer Streife.

Letzte Depeschen

Ergebnislose Beratungen über die Getreideumlage

Sämtliche Anträge und die Regierungsvorlage abgelehnt.

Berlin, 23. Juni. (Eig. Drahtber.) Der Reichstagsausschuß für Volksernährung setzte heute seine Beratungen des Gesetzentwurfes über die Getreideumlage fort. Der Antrag der Rechten auf Ablehnung der Umlage und Einführung der freien Wirtschaft wurde mit 10 gegen 10 Stimmen bei 8 Enthaltungen abgelehnt. Der Antrag der Sozialdemokraten auf Erhöhung der Umlage auf 4½ Millionen Tonnen wurde auch abgelehnt, ebenso der Antrag der Rechten auf 1½ Millionen Tonnen und der Antrag Heim auf 2 Millionen Tonnen. Schließlich wurde die Regierungsvorlage auch abgelehnt. Die Ablehnung erfolgte mit 11 gegen 11 Stimmen unter Stimmenthaltung von Mitgliedern des Zentrums und der Demokraten. Die Sitzung wurde abgebrochen, um für Verhandlungen unter den Regierungsparteien Zeit zu gewinnen.

Die Vorbereitungen zur Wahl des Reichspräsidenten

Berlin, 23. Juni. Die Wahl des Reichspräsidenten ist bekanntlich für den Spätherbst in Aussicht genommen. Bevor die Reichsregierung zu einer endgültigen Beschlußfassung der näheren Vorbereitungen der Wahl und der Festsetzung ihres Termins schreitet, wird sie mit den Führern der Reichstagsparteien über die Frage eine Aussprache herbeiführen. Diese Aussprache soll heute stattfinden.

Der heutige Dollarstand.

Berlin, 23. Juni. (Eig. Drahtber.) Der Dollar notierte heute vorbörslich 329—331, um 12 Uhr 330½.

Eine Mahnung Lloyd Georges an Frankreich.

London, 23. Juni. (Eig. Drahtb.) Lloyd George erklärte im Unterhaus, daß sich die englische Regierung keineswegs damit einverstanden erklären könnte, mit Rücksicht auf die englischen Steuerzahler, daß die von England während des Krieges an andere Staaten gegebenen Vorschüsse irgendwie herabgesetzt werden. Die schwere Steuerlast, die schon jetzt auf uns lastet, macht es notwendig, daß auch England seine Forderungen Frankreich gegenüber unantastbar aufrecht erhält, solange Amerika darauf besteht, keine Abschreibungen von seinem Guthaben vorzunehmen.

Eine Besprechung zwischen Lloyd Georg und Schanzer.

Mailand, 23. Juni. Nach dem „Popolo d'Italia" wird der Außenminister Schanzer eine persönliche Besprechung mit dem englischen Ministerpräsidenten Lloyd George haben. Der Hauptgegenstand der Besprechung ist die für den 15. Juli 1922 im Schosse des Völkerbundsrats vorgesehene Behandlung der Mandatsfrage. Namentlich kommt hierbei das britische Mandat über Palästina, wo Italien besondere Interessen habe, in Frage. Eine Verschiebung der Besprechung zwischen den beiden Staatsmännern würde nur dann erfolgen, wenn die englische Regierung eine Vertagung der Diskussion der Mandatsfrage im Völkerbundsrat wünsche, was aber sehr unwahrscheinlich ist.

Räuberromantik an der Memelgrenze.

Memel, 23. Juni. Zwischen Schloden und Litauischkrottingen an der memelländisch-litauischen Grenze tauchte eine fünfzigköpfige Räuberbande auf, welche ganze Besitzungen niederbrannte und Einwohner ermordete. Da es der Polizei nicht gelang, die im Walde gut verschanzten Räuber auszuheben, so wurde litauisches Militär aufgeboten, das den Wald absuchte und die Räuber in einer regelrechten Schlacht überwältigte. Die Räuber flüchteten nach Lettland, 22 wurden gefangen, drei auf der Flucht erschossen. Die über die lettländische Grenze Entkommenen verschanzten sich in den undurchdringlichen Wäldern Südwestkurlands, wo sie ihr Mordhandwerk fortsetzten. Von Libau ist lettisches Militär abgegangen und hat alle Wälder im Süden der Stadt zerniert.

Streik in dem Saale-Elektrizitätswerk.

† **Rudolstadt,** 21. Juni. Die Belegschaft des Saale-Elektrizitätswerks trat in den Streik. Rudolstadt und Saalfeld sind ohne Licht.

Tragischer Tod.

† **Prag,** 21. Juni. Nach einer Meldung des „B. T." aus Prag ist der Prager Bakteriologe Prof. Dr. Weil unter tragischen Umständen gestorben. Prof. Dr. Weil, der sich dem Studium des Flecktyphus gewidmet hatte, war bei seinen Untersuchungen in Lemberg, wohin er sich auf Einladung der polnischen Regierung begeben hatte, eine Kultur des Flecktyphusbazillus ins Auge gespritzt. Weil wurde sich sofort der tödlichen Wirkung dieser Infektion bewußt und trat die Rückreise nach Prag an, um in seiner Heimatstadt zu sterben. In seinem wissenschaftlichen Nachlaß befindet sich eine vor dem Abschluß stehende Arbeit über ein Serum gegen das Fleckfieber.

Handel und Verkehr.

Devisen schwankend, später befestigt.

Berlin, 22. Juni. Der Markt der Devisen und fremden Zahlungsmittel stand im Zeichen starker Schwankungen. Der Dollar, der vormittags einen Preisstand von 330 Mark erreicht hatte, fiel bei Beginn der Börse auf 325 Mark zurück, um bald darauf bis auf 321 M. nachzugeben. Dieser Bewegung folgten auch die übrigen Zahlungsmittel. Die Abschwächung wurde schließlich wieder durch eine Befestigung abgelöst. Kurz vor 2 Uhr stellte sich der Dollar auf 327 M. Gegen 5 Uhr nachm. wurden gehandelt: Kabel Neuyork mit 328, London mit 1455, Holland mit 12 675 M.

Die Mark in Neuyork unverändert.

Die deutsche Mark notierte gestern in Neuyork um 10 Uhr vorm. 0,38 1/8—0,30½ cts. Dieser Kurs entspricht einem Dollarstande von rund 328 Mark. Der Schlußkurs des Vortages war 0,30½.

Effektenmarkt lustlos.

Die vollkommene Unsicherheit am Devisenmarkt veranlaßte auch am Effektenmarkt wieder starke Zurückhaltung. Die Kursgestaltung war recht geteilt, immerhin überwogen leichte Kursbesserungen, da die Situation des Geldmarktes wieder etwas freundlicher geworden ist. Viel bemerkt wurde die von deutscher Seite abgegebene Erklärung, daß für Deutschland eine Anleihe in allernächster Zeit unbedingt notwendig sei. Bei außerordentlich stillem Geschäft kennzeichnete sich die Gesamttendenz des Effektenmarktes als etwas freundlicher. Zu der leichten Zuversicht, die sich wieder vorwiegend in der Kursgestaltung kennzeichnete, trugen auch Nachrichten aus der Industrie bei, nach denen über eine Besserung der Lage berichtet wird.

Am Rentenmarkt war die Haltung im allgemeinen schwächer. Von ausländischen Renten waren speziell Türken und auch Ungarn niedriger, nur unifizierte Türken konnten eine wesentliche Kurssteigerung (plus 115 %) erzielen. Mexikanische Anleihen waren ebenfalls nicht unbeträchtlich im Kurse gebessert.

Unter den heimischen Renten waren 4proz. Reichsanleihen um 0,75 %, 3½proz. um 0,12 % und 3proz. Reichsanleihe um 2,25 %, sowie 3proz. Konsols um 0,50 % niedriger, während 4proz. Konsols um 1 % erzielen. Merkt konnten.

Der Markt der unnotierten Werte lag gleichfalls im Zeichen vollkommener Geschäftsunlust. Benz stellten sich auf 440, R. Wolf auf 630, Stoewer 360, Gerade Auto 275, Gerade Motoren 200, Lastauto 210, Halbach 365, Hansa-Lloyd 230, Stock & Kopp 190, Kabel Rheydt 510, Berlin-Burger 345.

Im weiteren Verlauf der Börse blieb die Geschäftstätigkeit zwar lustlos, die Haltung wurde aber allgemein fester, ausgehend vom Montanaktienmarkt, wo Oberbedarf eine starke Kurssteigerung von 120 % erzielen konnte, da man von einem günstigen Verkauf der Friedenshütte an ein französisches Konsortium wissen wollte. Der Kassamarkt für Industriewerte zeigte allgemein festere Haltung, obwohl es auch nicht an Kursabschlägen fehlte.

Die Stimmung auf dem Saatenmarkte

zeigte sich für alle Sämereien fest, obgleich der Wert der Mark zunächst sich besserte, um sich erst in den letzten Tagen der Woche merklich zu verschlechtern. Die Preiserhöhung ergriff nicht so sehr die Hülsenfrüchte, Lupinen, Wicken usw., da diese Saaten schon eine ziemlich hohe Preislage durchgesetzt hatten, als vielmehr die Oelfrüchte, vor allem Senf, der in guter Beschaffenheit knapp ist, und Sommerrübsen, die fortenekt kaum noch beschaffbar sein dürften, und vor allem Kleesaten. Besonders Rotklee in gutfarbigen Partien der vorjährigen Ernte wurde lebhaft vom Handel gekauft: in nicht geringerem Maße hatte auch Weißklee und Gelbklee größere Umsätze. Von Inkarnatklee gelangten helle Partien kaum auf den Markt: nur von Frankreich lagen einige Angebote vor, deren Preisstellung im Inlande allerdings kaum Rechnung trägt. Nach Berichten aus dem Inlande und dem größten Teile des Auslandes sind die Aussichten für die neue Ernte des Inkarnats nicht günstig. Es notieren unverbindlich — je nach Qualität: Rotklee 3600—5400, Weißklee 4200—5900, Schwedenklee 3200—4400, Inkarnatklee 2100—4600, Gelbklee 1200—1500, blaue Luzerne 3500—4200, italienisches Wiesenschwingel 4000—4800, Kammgras 14 000—17 000, gelbe Lupinen 725—770, blaue Lupinen 580—660, Senf 2000 bis 2300, Spörgel 2000—2350 alles in Mark, ab Berlin.

Leipziger Schlachtviehmarkt.

Leipzig, 22. Juni. Auftrieb: Rinder 166, Ochsen 29, Bullen 38, Kalben 22, Kühe 77, Kälber 663, Schafe 227, Schweine 737, zusammen 1793. Preise für einen Zentner Lebendgewicht: Ochsen: 1. Klasse 3000—3200, 2. Klasse 2700—3000, 3. Klasse 2300—2700, 4. Klasse 1800—230. Bullen: 1. Klasse 2600—2700, 2. Klasse 2400—2600, 3. Klasse 2000—2400, 4. Klasse 1800—2000. Kühe (Kalben): 1. Klasse 3000—3200, 2. Klasse 3000—3100, 3. Klasse 2400—3000, 4. Klasse 1800—2400, 5. Klasse 1000—1800. Kälber 2. Klasse 3000—3100, 3. Klasse 2500—3000, 4. Klasse 1500—2500. Schafe: 1. Klasse 2600—2700, 2. Klasse 2000—2600, 3. Klasse 10000—2000. Schweine: 1. Klasse 5200—5300, 2. Klasse 5300—5350, 3. Klasse 4900—5200, 4. Klasse 4300—4900, 5. Klasse 4300—4900 Mark. Ausgesuchte Posten höchster Wertklasse kosteten über höchste Notiz. Geschäftsgang: Rinder sehr langsam, Kälber langsam, Schafe langsam, Schweine langsam. Ueberstand: Rinder 58, davon Ochsen 17, Bullen 18, Kalben 8, Kühe 15, Schafe 38.

Aus Provinz und Reich

Schweres Unglück bei der Schupo.

† **Eisleben,** 22. Juni. Auf einer Streife der Schupolizei der Hundertschaft Sangerhausen, die Polizeileutnant Stille mit 15 Beamten in der Nähe von Eisleben unternahm, geriet ein Kraftwagen in Brand. Als die Beamten mit Spaten und Schaufeln Sand auf die Brandstelle warfen, explodierte plötzlich der Benzintank mit 18 Liter Inhalt. Acht Beamte wurden schwer und drei leichter verbrannt. Mittels aus der Nähe herangeholter Kraftwagen wurden die Schwerverletzten in die Krankenhäuser in Sangerhausen und Eisleben gebracht.

Raubmord an einem Oberhofer Kurgast.

† **Oberhof,** 22. Juni. Am Mittwochabend gegen 7½ Uhr ist, etwa 10 Minuten von Oberhof entfernt, auf dem Wege von Oberhof zum Veilchenbrunnen der Fabrikant Franz Niescher aus Chemnitz von zwei Unbekannten ermordet worden. Niescher befand sich mit Frau und Tochter auf einem Spaziergange, als plötzlich die beiden Verbrecher aus dem Walde hervorkamen und unter Rufen „Geld oder Leben!" die Auslieferung ihrer Wertsachen forderten. Als der Angegriffene, ein schon älterer Herr, sich zur Wehr setzen wollte, wurde er von dem einen der beiden Unbekannten durch drei Pistolenschüsse in die Brust zu Boden gestreckt.

Moskau—Berlin ohne Zwischenlandung.

† **Berlin,** 21. Juni. Eine glanzvolle Flugleistung vollbrachte in den letzten Tagen ein deutsches Flugzeug. Ein deutscher Flieger stieg früh sechs Uhr in Moskau mit dem russischen Vertreter in Berlin Krestinski und dessen Gefolge auf und landete ohne zeitliche Zwischenlandung abends 9,25 Uhr auf dem Flugplatz Staaken bei Berlin. Es ist dies eine Leistung, die in der Geschichte des Flugzeugs einzig dasteht. Der Flug dauerte fünfzehn Stunden zwanzig Minuten über eine Strecke von rund 1800 Kilometer. Das Flugzeug mußte den Weg über Königsberg nehmen, da es nicht über den polnischen Korridor fliegen wollte, anderenfalls wäre die Strecke nur 1600 Kilometer gewesen.

Verantwortliche Redaktion: Politik örtl. und prov. Teil: Dr. Hahto. — Sport: M. Hochheimer. — Anzeigen: A. Rank. — Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Baltz, sämtlich in Merseburg.

(Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919220623-13/fragment/page=0003

Bekanntmachung.

Durch die rückwirkende Kraft des Kapitalverkehrssteuergesetzes über die Gesellschaftssteuer von Kapitalgesellschaften wird eine Nachveranlagung der dem Teil 1A des Kapitalverkehrssteuergesetzes unterliegenden Kapitalgesellschaften erforderlich. Die Anmeldepflicht dieser Gesellschaften zur Nachveranlagung regelt sich nach den nachstehenden Bestimmungen:

(1.) Ist eine Steuerschuld für einen Rechtsvorgang, der nach Teil 1A des Gesetzes der Steuer unterliegt, in der Zeit seit dem 1. Sept. 1921 bis zum 20. April 1922, dem Tage der Verkündigung des Gesetzes, entstanden, so ist der Rechtsvorgang wegen Nacherhebung der Steuer dem zuständigen Finanzamt binnen Monatsfrist nach dem Tage der Veröffentlichung dieser Anweisung anzumelden.

(2.) Einer Anmeldung bedarf es nicht, wenn es sich um die Gründung oder Kapitalerhöhung einer Aktiengesellschaft, Kommanditgesellschaft auf Aktien und Gesellschaft mit beschränkter Haftung handelt und der Gesellschaftsvertrag oder Gesellschaftsbeschluß nach dem 31. August 1921 beurkundet und der Steuerbehörde eingereicht worden ist.

(3.) Anzumelden sind insbesondere:

1. die nach dem 31. August 1921 bewirkten gemäß § 6 zu a des Gesetzes steuerpflichtigen Zahlungen und Leistungen auf Grund von Gesellschaftsverträgen und Beschlüssen, die vor dem 1. September 1921 beurkundet sind. Die Anmeldung ist auch dann zu erstatten, wenn bei Teilzahlungen die Versteuerung nach dem Reichsstempelgesetze nicht ausgesetzt, die Reichsstempelabgabe nach Tarifnummer 1 A a, b vielmehr sofort von dem gesamten Gesellschaftskapital entrichtet worden ist;
2. die nach dem 31. August 1921 von einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung eingezogenen gemäß § 6 zu a des Gesetzes steuerpflichtigen Nachschüsse;
3. die nach dem 31. August 1921 eingezahlten gemäß § 6 zu a des Gesetzes steuerpflichtigen Zubußen bei bergrechtlichen Gewerkschaften;
4. die Gewährung von Darlehen, der Erwerb und die Stundung von Forderungen gemäß § 6 zu c des Gesetzes, wenn die Gewährung, der Erwerb oder die Stundung nach dem 31. August 1921 stattgefunden hat;
5. die Errichtung von Gewerkschaften in der Zeit seit dem 1. September 1921;
6. die seit dem 1. September 1921 erfolgte Errichtung von inländischen Niederlassungen ausländischer Kapitalgesellschaften;
7. die seit dem 1. September 1921 erfolgte Beteiligung einer Kapitalgesellschaft als persönlich haftender Gesellschafter einer Kommanditgesellschaft;
8. die seit dem 1. September 1921 erfolgte Ausgabe von Genußscheinen;
9. die seit dem 1. September 1921 erfolgte Beteiligung als stiller Gesellschafter an einer Kapitalgesellschaft;
10. die vor dem 1. September 1921 von einer Aktiengesellschaft, Kommanditgesellschaft auf Aktien oder Gesellschaft mit beschränkter Haftung ausgegebenen Mehrstimmrechtsaktien und -anteile im Sinne des § 15 des Gesetzes nach Stückzahl, Nennbetrag und Höhe des Stimmrechts unter Angabe des Laufes des Geschäftsjahres. Das gleiche gilt für die seit dem 1. September 1921 bis zum Tage der Veröffentlichung dieser Anweisung ausgegebenen Aktien und Anteile dieser Art.

Merseburg, den 20. Juni 1922.

Finanzamt.
Bröse.

Noch preiswert:
Seidene Bänder
für Haarschleifen und Kleider
in vielen modernen Farben, allen Breiten und guten Qualitäten
A. Henckel, Merseburg, Ölgrube 29.

!!! Sommersprossen !!! verschwinden!
Auf welche einfache Weise teilt Leidensgenossen unentgeltlich mit Frau Elisabeth Frucht, — Hannover A 332, Schließfach 238. —

Nur 1 Tag!!
Sonnabend, 24. Juni
kaufe ich im
Hotel „Goldene Sonne"
(I. Etage) und zahle für
künstliche Zähne bis zu 30 Mark für den Zahn.
Ed. Gläser, Dresden X,
— Steinstraße. —
Einkauf 9—6 Uhr.

Für die Sommerzeit

Sommer-Schwitzer-Anzüge in Wolle und Baumwolle.
Kinder-Söckchen mit und ohne Wollrand, farbig, schwarz, leder, weiß.
Gestrickte wß. Höschen für Kinder und Mädchen zum Anknöpfen.
Damen-Reformschlüpfer i. marine und hellfarbig.
Turnerschwitzer, Turnerhosen für Kinder, Mädchen, Damen.
Turnerhemden, Turnerjacken für Knaben, Herren.
Reichhaltige Auswahl gut Qualitäten.

G. Hoffmann
Inh. Bernh. Taitza. — Markt 19.

Von Sonnabend, den 24 d. Mts., steht wieder ein sehr großer Transport hochtrag. sowie neumilchender

Kühe u. Färsen

zu annehmbaren Preisen im Gasthof „Zum Goldenen Hahn" in Merseburg zum Verkauf.
Robert Amling. Otto Heilmann.
— Telefon 240. —

---

50 Stück
Original Ostfriesisches Zuchtvieh

mit Abstammungspapieren und z. Tl. Prämiierungsscheinen als hochtragende u. frischmilchende
Kühe, hochtrag. Färsen, Jungrinder u. Kuhkälber sowie Zuchtbullen
in ganz hervorragend erstklassiger Qualität sind bei mir eingetroffen.
Louis Nürnberger
Zuchtviehimport, Merseburg
Tel. 28.

Lausofan vernichtet **Kopfläuse und deren Brut**
BAYER
Bequeme Anwendung. — Völlig unschädlich. Ärztl. empfohlen. 1 Flasche für Kur ausreichend. Erhältlich in Apotheken, Drogerien usw.

Einige Gras- und Getreidemäher
sowie **Heurechen**
gibt noch preiswert ab
Friedrich Pfeiffer, Obere Breitestr. 16.
Reparaturen an allen landwirtschaftlichen Maschinen werden prompt ausgeführt.

---

1 Frau für stundenweise Beschäftigung gesucht.
Forbrich, Domküster Domplatz 7, eine Treppe.

Ziehung 10. u. 11. Juli
Deutsche Kampfspiele
Geld-Lotterie
13337 Gew. o. Abzug Mk.
Hauptgew.: **400000**
100000
50000
Lose Mk. 8.—
einschließlich Porto u. Liste.
Anton Friedrichsen,
Hamburg, Kielerstr. 106.
Postscheckkonto 29922.

Der Plan über die Kreuzung der Gemeindestraße in Leuna mit einer unterirdischen Telegraphenlinie liegt von heute ab 4 Wochen bei dem Postamt in Merseburg aus.
Halle (Saale), d. 17. 6. 22.
Telegraphen-Bauamt.

Suche Landgasthof
oder Landhaus. Volle Auszahlung. Ausführliche Briefe u. 348/21 an die Exped d. Ztg.

Piano
gut erhalten, zu verkaufen. Offert. erbeten unt. 400 an die Expedition d. Bl.

Eis. Gartenpumpe
10 m Rohr, beides neu, zu verkaufen. Zu erfragen
Markt 26, I.

Kaufe gutes Geschäft
auch mit Haus. Preisofferten unter 349/21 an die Exped. d. Blts.

Sehr beliebt
in allen Frauenkreisen u. für die Hausschneiderei besonders wertvolle Helfer sind:
das Jugend-Moden-Album, Preis Mk. 7.—, das Favorit-Moden-Album, Preis Mk. 10.—, das Favorit-Handarbeits-Album, Preis Mk. 7.—, postfrei je Mk. 2.— mehr, der International. Schnittmanufaktur, Dresden-N. 8.
Nach Favorit-Schnittmustern zu schneidern ist sparsam und leicht. Alles sitzt und zeugt von Geschmack. Besonders zu empfehlen:
Favorit-Wäscheheft. Preis Mk. 3.—.
Gestrickte Kleidung selbst herzustellen, Preis Mk. 6.- zuzügl. Porto.
Marie Müller
Gotthardtstraße 42.

Anzüge, Ulster, Paletots, Schlüpfer, Hosen, Westen
kaufen Sie am billigsten bei
Käthe Thieme, Leipzig,
Sporergasse 10, 1. Stock.

Stroh
sowie **Hafer**
Wiesen- u. Kleeheu
kauft laufend
Leipziger Westendbaugesellschaft
Leipzig-Lindenau.
Lütznerstr. 164. Fernspr. 43187.

Merseburger Kriegervereine.
Antreten zur
Trauerfeier
am Sonntag 9 15 Uhr vorm. am Kriegerdenkmal. — Traueranzug. Fahnen umflort.
J. A.: Wilck.

Trauerkundgebung
der Militär- und Flüchtlings-Vereine
Sonntag, 25. d. Mts.
Versammlung des Vereins 9¼ Uhr am Kriegerdenkmal
Trauergottesdienst 10 Uhr. Danach Aufstellung der Vereine auf dem Marktplatz.
Die Mitglieder werden gebeten, zahlreich zu erscheinen.
Ortsgruppe Merseburg.

Deutsche Volkspartei.
Wir fordern unsere Mitglieder und Freunde auf, an der partei-politisch-neutralen
Trauerkundgebung
am kommenden Sonntag vollzählig teilzunehmen.
Der Vorstand.

„Oberschlesier"
beider Konfessionen treten Sonntag, den 25. d. Mts., vormittags 9¼ Uhr zu gemeinsamem Kirchgang am Kriegerdenkmal an.
Der Vorstand.

Deutschnationale Volkspartei.
Wir bitten alle unsere Mitglieder, sich an der
Trauerkundgebung
am Sonntag zu beteiligen.
Der Vorstand.

Der Stahlhelm
Ortsgruppe Merseburg.
Zum Trauergottesdienst am Sonntag, den 25 d. Mts, Antreten der Kameraden 9 30 im Kasino.
Der Vorstand.

Sportverein von 1899 (e. V.)
Zum gemeinsamen Kirchgang am Sonntag, den 25. d. Mts., vorm. 9¼ Uhr aus Anlaß der Trauerkundgebung angesichts d. Verlustes von Oberschlesien treten beide Konfessionen am Kriegerdenkmal an.
Der Vorstand.

Der tüchtige Geschäftsmann braucht zur Hebung seines Geschäftes
wirkungsvolle Drucksachen
wie Briefbogen, Briefumschläge, Rechnungen, Quittungsformulare usw.
Dieselben erhält er preiswert und in geschmackvoller Ausführung in der
Merseburger Druck- und Verlags-Anstalt
(L. Balte.)
Hälterstraße 4. ❖ Fernruf 100.

Gottesdienst-Anzeigen.

Sonntag, den 25. Juni 1922 (2. n. Trinitatis).
Gesammelt wird eine Kollekte für die evangelischen Gemeinden der abgetretenen Gebiete Oberschlesiens.

Es predigen:

Dom. Vorm. 10 Uhr: Diakonus Wuttke
Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst.
Donnerstag, abds. 8 Uhr: **Bibelstunde** in der Herberge zur Heimat. Diakonus Wuttke.
Volksbibliothek: Geöffnet Sonntags von 11½ bis 12½ Uhr mittags.

Stadt. Vorm. 10 Uhr: **Trauergottesdienst anläßlich des Raubes von Oberschlesien.** Pastor Jentzsch.
(Chorgesang der Gesangsabteilung des Mädchenbundes).

Evang. Männer- und Jugendverein.
Sonntag, abends 8 Uhr: **Versammlung.** An der Geisel 5. — Herr Klos.

Evang. Mädchenbund St. Maximi.
Dienstag, abds. 8 Uhr: **Chorgesang fällt aus**
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Versammlung** An der Geisel 5. — Pastor Riem

Evang. Frauenhilfe St. Maximi.
Donnerstag, nachm. 4 Uhr: An der Geisel 5. Frau Pastor Werther.

Altenburg Vorm. 10 Uhr: Pastor Kratzenstein. Im Anschluß Beichte u. heiliges Abendmahl. Vorm. 11¼ Uhr: Kindergottesdienst.

Neumarkt. Vorm. 10 Uhr: Pastor Bolt.
Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst
Montag, abends 8 Uhr: Konfirmierte Söhne im Pfarrhause.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Mädchenverein St. Thomae im Pfarrhause.

Landeskirchliche Gemeinschaft.
Versammlungslokal: Sand 1 (Geiselschlößchen).
Sonntag, abds. 8 Uhr: Evangelisations-Vortrag.
Mittwoch, abds. 8 Uhr: Bibelbesprechstunde.

Christliche Versammlung. Blanckestraße 1.
Sonntag, abends 8 Uhr: **Bibelstunde**
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Bibelstunde.**

Kath. Kirche.
Sonntag, den 25. Juni 1922.
Früh 6 Uhr: Beichte.
7 Uhr: Frühmesse.
½10 Uhr: Hochamt mit Predigt.
Nachm. 2 Uhr: Christenlehre und Andacht.
Nachm. 4 Uhr: **Abschiedsfeier des hochw. Herrn Pfarrers Dreymann im „Tivoli".**
Sonnabends von 5 Uhr an: Beichte.
Stöbnitz. 8 Uhr: Gottesdienst.
Naundorf. ¾11 Uhr: Gottesdienst.
Mößen. ½8 Uhr: Frühmesse in der Schule, ½11 Uhr: Hochamt und Predigt in der Kirche.

Stadttheater Halle.
Freitag, abends 7.30 Uhr: **Fuhrmann Henschel.**
Sonnabend, abs 7.30 Uhr: **Mignon.**
Sonntag, abds. 7.30 Uhr: **Der Zigeunerbaron.**
Montag, abds. 7.30 Uhr: **Der Obersteiger.**

Kleinkunst-Bühne /// Tel. 292
Neues Schützenhaus
Täglich abends 8 Uhr
Sonntags nachmittags 5 und abends 8 Uhr.
Das große Fest-Programm.
Gastspiele erstklassiger Cabarett-Künstler.
Jeden vierten Tag Programmwechsel.
Direktion: H. Ellenberger

Deutscher Rentnerbund
Ortsgruppe Merseburg u. Umg. e. V.
Donnerstag, den 29. d. Mts., nachmittags 4 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im „Tivoli."
Tagesordnung:
1. Mitteilungen des Hrn. Stadtrat Beyfert über die weiteren Fürsorgemaßnahmen für Kleinrentner. 2. Mitteilungen über das neue Reichsmietengesetz. 3. Weitere Mitteilungen.
Der Vorstand.

!! Pickel, Mitesser !!
Nasen- und Hautröte!
Ein einfaches wunderbares Mittel teile kostenl. mit. Genau angeben für welchen Schönheitsfehler. Frau M. Poloni, Hannover H 250 Schließfach 106.

Gut möbl. Zimmer
elektr. Licht, zum 1 Juli gesucht. Zahle jeden Preis. Eigene Bettwäsche vorhanden. Angeb. unter K 25 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Junger Herr
sucht
möbl. Zimmer
Offert. unter T. G. 651 an die Exped. d. Blattes.

Möbl. Zimmer
für sofort gesucht. Offert unter F. R. 652 an die Expedition dieses Blattes.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919220623-13/fragment/page=0004
DFG

Beilage zu Nr. 145 des Merseburger Tageblattes

Freitag, den 23. Juni 1922

Tagesordnung zur Stadtverordneten-Sitzung

am Montag, den 26. Juni 1922, abends 6 Uhr im alten Rathause.

1. Wahlen
   a) von Mitgliedern für den Schulausschuß der städt. Mittelschule.
   b) von Schiedsmännern für den 1. und 2. Bezirk.
   c) eines Bürgers für die Parkdeputation.
2. Entlastung der Rechnung über die Verwaltung des Andreasheimes im Rechnungsjahre 1916.
3. Erhöhung des Beitrages und Eintrittsgeldes für Aufnahme in das Andreasheim.
4. Erhöhung des Beitrages und Eintrittsgeldes für Aufnahme in das Altersheim.
5. Gebührenordnung für das städtische Krankenhaus.
6. Ordnung betr. Erhebung von Verwaltungsgebühren.
7. Aenderung der Wohnungsluxussteuerordnung.
8. Erhöhung der Mieten in den städt. Miet- und Wohnhäusern.
9. Festsetzung der Mieten für die Barackenwohnungen auf dem Exerzierplatz.
10. Straßenpflasterung in der Dammstraße.
11. Anschaffung und Herstellung einer Zentrifugalpumpenanlage im Wasserwerk Rössen.
12. Feststellung der Haushaltspläne in der ersten Lesung:
    a) des Lyzeums,
    b) der Mittelschule,
    c) der Volksschulen,
    d) der Ruhegehalt- u. Hinterbliebenenversorgung,
    e) des Wohlfahrtsamtes,
    f) der Bauverwaltung,
    g) des Gaswerkes,
    h) des Wasserwerkes,
    i) des Elektrizitätswerkes.

Geheime Sitzung.

* * *

Der Tagesordnung entnehmen wir folgende Punkte:

Zu Punkt 3.

Der jährlich zu zahlende Beitrag für Aufnahme in das Andreasheim wird vom 1. Juni 1922 ab von 960 auf 2000 Mark und das Eintrittsgeld von 3600 auf 6000 Mark erhöht;

Begründung: Die ständige Steigerung sämtlicher Preise sowie die Erhöhung der Löhne und Gehälter machen eine weitere Erhöhung der Beiträge und des Eintrittsgeldes erforderlich.

Auch mit Rücksicht darauf, daß den Eintretenden mit der Aufnahme in das Heim eine gewisse Wohltat erwiesen werden soll, halten wir demgegenüber doch eine allgemeine Erhöhung der Gebührensätze in der vorgeschlagenen Höhe für angemessen und notwendig.

Zu Punkt 4.

Die für Aufnahme in das Altersheim zu zahlenden Eintrittsgelder werden vom 1. Juni 1922 ab nach Maßgabe des beigefügten Nachtrages V erhöht und die jährlichen Beiträge von 1440 auf 3600 Mark.

Begründung: Wie zu Punkt 3.

Zu Punkt 5.

Die am 19. d. Mts. von der Krankenhausdeputation neu aufgestellte Gebührenordnung für das städtische Krankenhaus wird genehmigt. Sie tritt mit dem 1. Juli 1922 in Kraft.

Begründung: Die überaus große Teuerung hat eine ganz neue Regelung der erst seit einem Jahre bestehenden Gebührenordnung für das städtische Krankenhaus notwendig gemacht. Merseburg stand während der letzten 2 Monate mit an letzter Stelle in Bezug auf die Höhe der Gebührensätze der Krankenhäuser in der Provinz. Von einer Ueberspannung der Sätze kann absolut keine Rede sein; bei weiterer Geldentwertung werden sie schon nach einigen Wochen prozentual erhöht werden müssen. Der notwendige Unterhalt, die Bekleidung, Wäsche, Heizung usw. kosten jetzt mehr als das 35fache des Friedenssatzes. Dem Tarif von 3 Mark in der 3. Klasse vor dem Kriege würde sogar ein Satz von höher als 105 Mark entsprechen. Eine Steigerung der Löhne für das Personal pflegt fast regelmäßig in kurzen Zeiträumen einzutreten. Auch die Kosten für die bauliche Unterhaltung des Krankenhauses dürfte nicht außer Acht gelassen werden. Damit wir auch in Zukunft unser Krankenhaus möglichst voll belegen können, ist bei der jetzigen Regelung auch den auswärtigen Kranken in bezug auf die Höhe der Säze Entgegenkommen gezeigt.

Zu Punkt 6.

Begründung: Die von den städtischen Körperschaften unter dem 8. August 1921 beschlossene Verwaltungsgebührenordnung ist vom Bezirksausschuß nur auf die Dauer eines Jahres genehmigt worden. Inzwischen ist vom Preuß. Städtetag eine Musterordnung aufgestellt worden. Es empfiehlt sich bei der neuen Beschlußfassung über die Weitergeltung der Verwaltungsgebührenordnung der Gleichmäßigkeit halber die Musterordnung des Preußischen Städtetages zugrunde zu legen. Eine Abweichung muß lediglich bezüglich der Höhe der Gebührensätze eintreten, da seit der Herausgabe der Musterordnung im Februar dieses Jahres die Geldentwertung weiter vorgeschritten ist. Die einzelnen Tätigkeiten, für die Gebühren erhoben werden und die Höhe der Sätze ergibt sich aus der Ordnung. Im einzelnen wird nur noch hervorgehoben, daß die Gebühren für die Tätigkeit des Wohnungsamtes so belassen worden sind, wie sie von der Stadtverordnetenversammlung am 9. Januar und 22. Mai 1922, anläßlich der Beschlußfassung über den I. Nachtrag zur Verwaltungsgebührenordnung, gutgeheißen worden sind. Ferner sei auf § 2 der neuen Ordnung hingewiesen, nach dem für die einzelnen Tätigkeiten die jeweiligen, bei der staatlichen Verwaltung gültigen Sätze zur Hebung kommen sollen. Dies empfiehlt sich, um öftere Beschlußfassungen zu vermeiden. Im Rechnungsjahre 1920 war die alte Gebührenordnung ½ Jahr in Kraft. Sie hat mit Ausnahme der Ortskohlenstelle, wo die Gebühren besonders berechnet worden sind, etwa 12 000 M. erbracht. Nach der neuen Fassung der Ordnung mit ihren erhöhten Sätzen kann für das Rechnungsjahr 1922 mit einem Aufkommen von 70 bis 80 000 M. gerechnet werden.

Zu Punkt 9.

Es sind folgende Beschlüsse zu fassen:

a) für die Wohnungen, welche in den Baracken auf dem Exerzierplatz eingerichtet worden sind, wird die Miete auf 7 M. je qm Wohnraum vom 1. April 1922 ab festgesetzt.

b) Die Ausbaukosten der Wohnungen für die von auswärts zugezogenen Bewohner sind, nach qm berechnet, auf die Arbeitgeber dieser Mieter umzulegen.

c) Die von der Stadt auszuführenden Instandsetzungsarbeiten werden auf die Dächer beschränkt. Alle übrigen Kosten für die Instandhaltung der Wohnungen müssen von den Mietern selbst getragen werden.

d) Für das auf dem Exerzierplatz eingerichtete Ledigenheim wird einschl. der Miete für die Wohnung des Pächters jährlicher Pachtpreis von 3000 M. festgesetzt, der sich auf 5000 M. jährlich erhöht, sobald das Ledigenheim über ⅔ seiner Belegstärke hinaus belegt wird. Letztere Maßnahme gilt vorläufig nur für das Rechnungsjahr 1922, vor dessen Ablauf über eine weitere Regelung erneut beschlossen werden muß.

Zu Punkt 10.

Für die Umpflasterung der Dammstraße werden 122 000 Mark aus den Mitteln, die noch aus den Ueberschüssen der Auskreisung zur Verfügung stehen und der etwa noch fehlende Betrag aus dem Fond für Anliegerbeiträge und den Mitteln zur Verfügung des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung bewilligt.

Begründung: Der Straßenteil der Dammstraße zwischen Schul- und Poststraße ist das letzte unregulierte Stück des durchlaufenden Straßenbahnzuges zwischen Gotthardttor und Weiße Mauer. Nach Fertigstellung der Straßenführung in der Hölle wird dieser Straßenzug sehr stark benutzt. Es macht sich daher die Herstellung der Straße vor dem alten Gaswerkgrundstück dringend erforderlich.

Laut Kostenanschlag sind 122 000 Mark aufzubringen, die wahrscheinlich noch aus den Beträgen aus der Auskreisung zur Verfügung stehen. Der etwa noch verbleibende Rest soll aus dem angesammelten Fond der Anliegerbeiträge und aus den Mitteln zur Verfügung des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung entnommen werden.

Zu diesen Kosten haben die Merseburger Ueberlandbahnen laut Vertrag rund 3875 Mark beizutragen. Wie aus dem Kostenanschlage zu ersehen ist, sind für die Umpflasterung bzw. Neupflasterung der Fahrbahn vorhandene, auf Lager genommen werden. Der Platz selbst wird mit fehlenden Reihensteine sollen aus der Platzanlage vor den Grundstücken Hüthel und Teichmann, Unteraltenburg, gewonnen und mit verwendet werden. Da dort rund 300 qm Reihensteine entfernt werden können und nur etwa 150 qm für die Dammstraße erforderlich sind, können die übrigen auf Lager genommen werden. Der Platz selbst wir mit einigen Blumen bepflanzt und aus dem übrigen Pflaster durch eine vorstehende Pflastersteinkante um einige Zentimeter herausgehoben. Für die Verbindung vom Rosental nach der Schreiberstraße ist für den Fußgängerverkehr ein mit Kleinpflaster befestigter Ueberweg, welcher gleichzeitig die Niederschlagswässer aus der Oberaltenburg mit ableiten soll, vorgesehen. Die Kosten der Baumpflanzung und anderweitige Befestigung des fraglichen Platzes in der Unteraltenburg können aus haushaltsplanmäßigen Mitteln bestritten werden.

Zu Punkt 11.

Zur Verbesserung der Wasserversorgung der Stadt

soll die Anlage einer Zentrifugalpumpenanlage zur Erfassung der östlich des Wasserwerkes zu Tage tretenden Quellen genehmigt werden. Die erforderlichen Mittel im geschätzten Betrage auf Grund der derzeitigen Marktpreise von 1½ Millionen Mark sollen durch Anleihe aufgebracht werden. Verzinsung und Tilgung dieser Anleihe wird durch Erhöhung des Wassergeldes sichergestellt werden.

Begründung: Das im Jahre 1888 errichtete städtische Wasserwerk reicht infolge der Vergrößerung der Stadt für die Zuführung des erforderlichen Wassers in den heißen Monaten nicht mehr aus, (worauf von uns schon häufig hingewiesen wurde. D. Red.) Außerdem ist der Zustand der Maschinenanlage infolge ihres Alters ein derartig verbrauchter, daß mit einem plötzlichen Versagen der Anlage jederzeit namentlich bei der jetzigen starken Beanspruchung, gerechnet werden muß. Bereits vor einigen Jahren ist die Errichtung eines neuen Pumpwerkes mit Enteisungsanlage in Erwägung gezogen und die erforderlichen Vorarbeiten durchgeführt worden. Infolge der außerordentlich unsicheren Verhältnisse insbesonders der stetig steigenden Preise ist jedoch die Ausführung desselben wiederholt zurückgestellt worden, um stetigere Zeiten abzuwarten.

Es ist jedoch dringend erforderlich sofort wenigstens eine kleine Reserve und Entlastung der alten Anlage zu schaffen, indem eine elektrisch betriebene Zentrifugalpumpe zur Aufstellung gelangt, damit im Falle des Versagens der alten Anlage eine notdürftige Versorgung der Stadt mit Wasser auf alle Fälle sichergestellt wird.

Der Sohn des Millionärs.

Roman von Florence Warden.

(Nachdruck verboten

Herta hatte diesen Strom von vernichtenden Worten über sich ergehen lassen, ohne die Sprechende nur ein einziges Mal zu unterbrechen. Und beinahe jede der Anklagen, die ihr da so schonungslos entgegengeschleudert wurden, hatte sie mitten ins Herz getroffen. Denn es war kaum eine einzige darunter, die sie nicht schon in Augenblicken der Verzweiflung selbst gegen sich erhoben hätte. Härter und grausamer noch, als es da von seiten ihrer Rivalin geschah, hatte sie selbst sich der krassen Undankbarkeit und des strafwürdigsten Verrates bezichtigt. Und alles, was jene sagte, schien ihr nur allzu wahr.

Sie ließ den Kopf auf die Brust herabsinken, und alles, was sie zu erwidern vermochte, war:

„Sie sind nicht ganz gerecht gegen mich — und härter, als ich's verdiene."

Ihre zitternde, von aufsteigenden Tränen halb erstickte Stimme, die Demut und Gebrochenheit ihrer Haltung würden vielleicht jedes andere Herz als das Herz eines eifersüchtigen Weibes gerührt haben. Die Komtesse Aldringen aber war hinlänglich gewappnet gegen jede Anwandlung unzeitigen Erbarmens.

„Lassen wir das dahingestellt sein," erwiderte sie kalt. „Aber wenn Sie sich nur noch den kleinsten Rest von gesundem Menschenverstand bewahrt haben, so können Sie nicht im Zweifel sein über das, was Ihnen jetzt zu tun obliegt. — Es ist Ihre Pflicht, sich mit Herrn de Raucourt auf die eine oder die andere Weise auseinanderzusetzen, damit jeder weitere Skandal vermieden werde. — Diese Flucht ist einfach eine Albernheit. Und wenn Sie nur noch fünf Minuten länger hier verweilen, können Sie sicher sein, die Sache dadurch, daß man nach Ihnen sucht, auf die Spitze getrieben zu sehen."

Mit zitternden Knien lehnte Herta an der Balustrade der Freitreppe.

„Warum sollte man nach mir suchen?" fragte sie. „Meine Person ist für die Herrschaften da drinnen nicht von solcher Bedeutung, daß man meine Abwesenheit bemerken könnte."

„Gewiß nicht! — Und wenn ich davon sprach, daß man Sie suchen würde, so wählte ich diese Form, um Sie zu schonen. Aber da es nicht den Anschein hat, als ob Sie das nötige Verständnis für diese gute Absicht hätten, so kann ich mich ja auch deutlicher erklären. Sie sind hinausgegangen in der Erwartung, daß Herr Eberhard Sie bald vermissen und Ihnen folgen würde. Und vielleicht, ja, wahrscheinlich haben Sie sich in dieser Berechnung nicht getäuscht. Ihn aber, dessen können Sie sich versichert halten, ihn würde man nicht lange aus der Gesellschaft entschlüpfen lassen, ohne sich nach seinem Verbleib umzusehen. Und wenn man ihn hier draußen bei Ihnen fände, so würde alles, was bisher geschehen ist, nichts sein gegen das, was alsdann folgen müßte."

Wieder mußte Herta empfinden, daß die Komtesse recht hatte. Zwar nicht in der Verdächtigung, die sie gegen sie geäußert. Denn sie hatte wahrlich weder erwartet noch gewünscht, daß Eberhard ihr folgen möge. Aber der Gang der Ereignisse konnte recht wohl der sein, den sie voraussah. Und vielleicht war sie ihr sogar Dank schuldig für die Warnung.

„Ich bin bereit, mit Ihnen in das Haus zurückzukehren," sagte sie leise. „Und ich werde mich sogleich in mein Zimmer zurückziehen, wenn Sie die Güte haben wollen, mich bei Frau Hermann oder bei Herrn de Raucourt zu entschuldigen, indem Sie sagen, daß ich Kopfschmerzen hätte und unmöglich tanzen könne."

Mit einer unnachahmlich hochmütigen Bewegung warf die Komtesse den Kopf zurück.

„Suchen Sie sich für derartige Aufträge gefälligst eine andere Mittelsperson als mich! — Und wenn ich Ihnen noch einen Rat geben soll, so ist es der, Ihre Angelegenheiten fortan mit etwas mehr Offenheit und etwas größerem Mute zu führen, statt daß Sie bei jeder Gelegenheit davonlaufen — immer in der stillen Hoffnung, daß ein gewisser Jemand Ihnen nachlaufen werde."

Herta erwiderte nichts mehr. Nicht der Respekt vor der hohen gesellschaftlichen Stellung der Komtesse, nicht die Rücksicht auf den bevorzugten Gast des Hauses, sondern der Mangel an Vertrauen in die Gerechtigkeit ihrer eigenen Sache war es, der ihr die Lippen verschloß. Sie fühlte sich so schuldig, wie nur je eine Verbrecherin sich schuldig gefühlt haben konnte. Und es gab für sie in diesem Augenblick tiefster Niedergeschlagenheit nichts, womit sie sich vor ihrem eigenen Gewissen hätte rechtfertigen können. Ja, sie hatte das Vertrauen des Freiherrn schändlich getäuscht, sie hatte Eberhards Großmut mißbraucht, und sie hatte ihn in schnöder Selbstsucht um seine glänzenden Aussichten wie um das harmonische Einvernehmen mit seinen Angehörigen bringen wollen. Mußte sie unter solchen Umständen nicht jedem Mitwisser ihres Geheimnisses das Recht einräumen, ihr mit grenzenloser Verachtung zu begegnen?

Mit zerrissenem Herzen und elender, als sich's in Worten hätte ausdrücken lassen, stieg sie die Treppenstufen empor. Sie wagte es nicht, ihre Augen zu der Komtesse zu erheben, und drückte sich so scheu an der in hoheitsvoller Regungslosigkeit Dastehenden vorüber, als fürchte sie, einen andern schon durch die bloße Berührung mit ihren Gewändern zu besudeln.

Aber es war ihr nicht vergönnt, ihren Weg zu vollenden. Noch ehe sie ihren Fuß auf die letzte Treppenstufe gesetzt, fuhr sie in jähem Erschrecken zurück. Denn eine Stimme, hundertmal schärfer und schneidender als die der Komtesse, war an ihr Ohr gedrungen mit der Frage:

„Halt, Fräulein Leuendorff! — Wohin beabsichtigen Sie zu gehen?"

Es war Mabel Hermann, die ihr da im eigentlichsten Sinne des Wortes den Weg verstellte. Denn als fürchte sie, daß Herta sich an ihr vorüberdrängen könnte, hatte sie ihre mageren Arme weit ausgebreitet, um sie daran zu hindern. Und in ihrem schwarzen, von Pailletten glitzernden Kleide, dessen weite Aermel wie Fledermausflügel herabfielen, mit ihrem blassen, scharf geschnittenen Gesicht und mit den häßlichen, eckigen Linien ihrer hageren Gestalt glich sie hier in der magischen Mondscheinbeleuchtung viel eher einem der Unterwelt entstiegenen tückischen Dämon, als einem menschlichen Wesen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919220623-13/fragment/page=0005

Die Aufstellung dieser Reserve soll also erfolgen, daß sowohl Wasser aus dem alten Sammelbrunnen, als auch das östlich des Wasserwerkes zu Tage tretende Quellwasser direkt dem Hauptrohr zugeführt werden kann.

Die Nutzbarmachung der Quellwasser, die von sehr guter Beschaffenheit sind, hat die Deputation und den Magistrat wiederholt beschäftigt. Ueber die Qualität des Wassers ist man sich einig. Es würde zweifellos infolge seiner Einheit eine Verbesserung unseres Leitungswassers ergeben.

Uneinig war man sich jedoch über die Ansicht über die Dauer der Ergiebigkeit der seit einiger Zeit wieder auftretenden Quellen. Dieselben rühren von dem durch das Leunawerk angelegten etwa 2 Kilometer entfernt liegenden Abraumplatz an der Weißenfelser Straße her. Die diesem Platze zugeführten Wassermengen sind deart groß, daß in der Umgebung des Abraumplatzes an der Weißenfelser Straße sich starke Versumpfung der Felder bemerkbar macht. Aus diesem Grund ergreift das Leunawerk Maßnahmen in größerem Umfange um das Wasser durch eine Brunnengalerie um den Abraumplatz wieder zurückzugewinnen. Es bestand daher bei der Deputation die Befürchtung, daß als Folge dieser Maßnahmen auch die Quellen beim Wasserwerk wieder nachlassen und unter Umständen wieder eingehen könnten.

Die Deputation und der Magistrat haben jedoch nunmehr nach wiederholter Beratung und Besichtigung sich dahin entschlossen, um dem Notstande des Wasserwerks abzuhelfen, doch die Erfassung des Quellwassers zu empfehlen, auch wenn es nur vorübergehend sein sollte, bis das neue Wasserwerk zur Ausführung gelangen kann. Die elektrische Pumpenanlage soll so aufgestellt werden ,daß auch Wasser aus dem alten Sammelbrunnen entnommen werden kann, im Falle die Quellen nachlassen sollten.

Die Kosten der vorgeschlagenen Anlage betragen nach dem derzeitigen Stande etwa 1½ Millionen Mark und sollen durch Anleihe gedeckt werden, deren Verzinsung und Tilgung durch Erhöhung des Wasserpreises sichergestellt werden soll.

Deutscher Reichstag

Berlin, 22. Juni 1922.

Die Aussprache über die Reparationsabkommen
und die Interpellationen werden fortgesetzt. Verbunden damit wird auf Antrag des Abg. Crispien (Unabh.) dessen Antrag auf Anbahnung einer allgemeinen Finanzreform.

Abg. Stampfer (Soz.) bezeichnet die gestrige Aussprache als zusammenhanglos. Er billigt die Erklärung des Außenministers und verlangt Wiederherstellung des gebeugten Rechtes am Rhein und an der Saar. Ich habe hier einen Brief in der Hand, der von einem Manne geschrieben wurde, der der Rechten wohlbekannt ist. Dieser Brief vom 12. April 1915 ist an den preußischen Minister des Innern von Loebell gerichtet. In ihm wird über die vielen Verordnungen geklagt, die unerträglich seien, und es wird erklärt: „Ich bestelle 500 Morgen überhaupt nicht mehr, und so machen es viele!" (Lebhaftes Hört, hört! links, Unruhe rechts. Zurufe links: Das ist der Dolchstoß. Rufe rechts: Unsinn!) Es heißt weiter in dem Briefe: „Das Vertrauen zur obersten Kriegsleitung schwindet in allen Kreisen mehr und mehr!" Dieser Brief ist vom Herrn von Oldenburg geschrieben worden, der hier einmal im Reichstage den Kaiser aufforderte, den Reichstag durch einen Leutnant und zehn Mann auseinanderjagen zu lassen. (Stürmisches Hört, hört! links. Anhaltende Unruhe rechts.) So handelt nur ein Landesverräter. (Zustimmung links, Lachen rechts.) Abg. Stampfer fortfahrend: Zum Reparationsproblem übergehend, wirft der Redner dem deutschnationalen Abgeordneten Dr. Reichert vollkommene Ahnungslosigkeit vor.

Abg. Gothein (Demokrat) fordert den Reichstag auf, dem Auslande ein würdiges Bild zu geben und von allem Parteigezänk abzulassen. Der Vorwurf Dr. Reicherts, Dr. Rathenau habe die Entscheidung über unsere Interessen in die Hände der Reparationskommission gelegt, müsse eigentlich ein Lob bedeuten, denn die Reparationskommission hat unsere Interessen gegenüber der Entente viel wirksamer vertreten, als wir selbst es hätten tun können (?!). Die Entscheidung der Anleihekommission ist für Deutschland durchaus günstig. Der Redner stellt fest, daß zum 1. Juli die Gütertarife um das 244fache der Friedenssätze erhöht werden. Das sei eine Katastrophenpolitik, die zum Untergang führen müsse.

Abg. Emminger (Bayr. Volkspartei) mahnt ebenfalls zur Einigung. Entschiedener Protest sei zu erheben gegen die Forderung der sinnlosen Zerstörung von Eisenbahnen. Der Redner wendet sich dann gegen die Auslassungen linksgerichteter bayrischer Blätter gegen angebliche separatistische Strömungen in Bayern.

Abg. Ten Hempel (Zentrum) hält den Streit der Meinungen über die verschiedenen Abkommen für gegenstandslos ,da sie nun einmal abgeschlossen sind.

Abg. Dr. Breitscheid (Unabh.) bedauert lebhaft die Uebergriffe der Besatzungsbehörden im Rheinlande. Zum Dank an die Rheinländer bestehe keine Veranlassung. Wenn sie an ihrem Deutschtum festhalten, so sei das eine einfache Selbstverständlichkeit. Die Politik Frankreichs im Rheinland sei dumm und töricht.

Abg. Dauch (Deutsche Volkspartei) hielt der Regierung vor, daß sie **die Gefahr einer Neutralisierung der Rheinlande doch zu leicht nehme.** Stolz muß man sein auf die herrliche Haltung des Rheinlandes. Das Wiesbadener Abkommen bedeutet für unsere Gegner ein Mittel, unsere Katastrophe hinauszuzögern, um in der Zwischenzeit unser Eigentum nach Möglichkeit in ihre Tasche zu leiten. Vor allem bedeutet Wiesbaden einen **völlig unberechtigten Eingriff in unser Privateigentum.** Der Reichskanzler sagt: Politik ist Schicksal. Dr. Rathenau sagt: Wirtschaft ist Schicksal. Die Politik ist der Geist, die Wirtschaft der Körper. Beide sind untrennbar. Hier müssen wir unsere bisherige falsche Einstellung aufgeben. Die Regierung möge sich davor hüten, uns immer neue Lasten aufzuerlegen. Der Zeitpunkt ist gekommen, in dem die Zeit nicht mehr für, sondern gegen uns arbeitet.

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung: Freitag, nachmittags 2 Uhr. Tagesordnung: Anfragen, kleine Vorlagen, Weiterberatung.

Preußischer Landtag

Berlin, 22. Juni 1922.

Eine Vorlage betreffend die **Reisekosten der Staatsbeamten** wird an den Beamten-Ausschuß überwiesen. Ein Antrag des Hauptausschusses zur **Bekämpfung der Hungersnot in Rußland,** insbesondere zugunsten der Deutschen, dem Roten Kreuz **fünf Millionen** zur Verfügung zu stellen, wird **angenommen.** Sodann wird die Beratung des

Haushalts des Staatsministeriums

fortgesetzt.

Ministerpräsident Braun:

Die Lüge von der Alleinschuld Deutschlands

muß zerrüttet und vernichtet werden. Bei seinem Kampfe muß man sich aber auf das tatsächlich zu Beweisende beschränken, dann werden wir im deutschen Reiche eine geschlossene Front des deutschen Volkes zusammenbringen. Die wichtigsten **Kronzeugen gegen die Alleinschuld Deutschlands** sind der englische und der frühere italienische Ministerpräsident. Lloyd George hat offen ausgesprochen, daß Deutschland für den Krieg nicht verantwortlich zu machen sei.

Wir verfolgen die Kämpfe der **saarländischen Bevölkerung** gegen die Bedrückung mit inniger Anteilnahme. Wir werden sie in dem Kampf um das Volkstum unterstützen. Der französische Frank rollt am Rhein, aber die **rheinische Bevölkerung läßt sich nicht wankend machen** und blickt mit Verachtung auf diejenigen Deutschen, die sich kaufen lassen. Die Versuche, diese Gebiete von Preußen loszureißen, werden scheitern und wenn auch in **Oberschlesien** neue Grenzsteine gesetzt sind, die geistige und kulturelle Gemeinschaft eines Volkes läßt sich nicht zerreißen. Diese zu pflegen wird vornehmste Aufgabe aller Bevölkerungskreise sein.

Mit dem Gruß an die zu Preußen Zurückkehrenden verbindet der Redner die ernste Mahnung, kaltes Blut bewahren und sich nicht zu gewaltsamen Vergeltungsmaßnahmen hinreißen zu lassen. Oberschlesien bedürfe jetzt der Ruhe. Ueber die Gestaltung des neuen Staatswesens werde es demnächst zu entscheiden haben. Hoffentlich würden die Oberschlesier einsehen, daß ihre wirtschaftlichen und kulturellen Interessen bei Preußen liegen. Ein neuer Staat wäre weder zum Nutzen Deutschlands, Preußens, noch Oberschlesiens selber.

Abg. Dr. Schwerin (Zentrum): Es ist erwiesen, daß Deutschland eine ausgesprochene Friedenspolitik getrieben hat. Der Fechenbach-Prozeß hat geradezu klassische Zeugnisse dafür ergeben, aber die Kriegslügenfrage darf nicht zur Parteisache werden.

Abg. Rippel (Deutschnational) gibt der Freude darüber Ausdruck, daß die Aussprache hinsichtlich der Schuldlüge zu einer erfreulichen Einigkeit geführt habe. Seine Partei störe keine Demonstration der Linken. Die vaterländischen Demonstrationen würden dauernd gestört. wenn einmal ein Pfeil auf den Schützen zurückfalle? Als es der Sozialdemokratie schlecht ging, konnte Scheidemann den Offizieren nicht warm genug danken, daß sie ihm aus der Patsche halfen. Heute hat er das alles vergessen. Ein starkes unversehrtes Preußen ist das alleinige Rückgrat des deutschen Volkes.

Abg. Dr. Kreutz (Demokrat): Solange die fremde Besatzung im Rheinlande steht, solange die Außengrenzen des Reiches bedroht sind, läßt sich das preußische Problem nicht lösen.

Abg. Dr. Bredt (W.-Vpt.) erörtert Fragen der inneren Verwaltung und fordert Weiterverleihung des Eisernen Kreuzes.

Ministerpräsident Braun tritt dem entgegen. Mit der Ordensverleihung müsse endlich Schluß gemacht werden. Für Oberschlesien, wo noch viele Nichtschlesier anwesend seien, sei Bewahrung von Ruhe und Besonnenheit dringend notwendig. Der von den Kommunisten so scharf bekämpfte Grenzschutz sollte gerade von dieser Partei zum Kampfe gegen die Regierung gewonnen werden.

Abg. Heilmann (Soz.) lehnt die Schuldlüge ab in dem Sinne, daß Schuld Absichtlichkeit bedeute. Die Fahrlässigkeit sei aber nicht zu bestreiten. Der Staatsrat sei ein mißglücktes Experiment.

Weiterberatung Freitag.

Der Zweifrontenkrieg.

Der letzte Abschnitt der zunächst zur Veröffentlichung gelangenden ersten sechs Bände des großen Aktenwerkes des Auswärtigen Amtes, „Die große Politik der europäischen Kabinette" (Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin), liegt nunmehr der Presse vor. Er behandelt die kurze Spanne der Regierungszeit Kaiser Friedrichs und die ersten Jahre der Regierung Kaiser Wilhelms II. bis zur Entlassung Bismarcks.

Bismarck hielt bekanntlich zäh an dem Gedanken fest, daß die deutsche Politik in erster Linie bestrebt sein müsse, ein freundschaftliches Verhältnis zu Rußland aufrechtzuerhalten unbeschadet die Bedingungen gegenüber Oesterreich, dessen Erhaltung auch für Deutschland ein Lebensbedürfnis war. Die engen Familienbeziehungen des englischen Hofes zum deutschen Kaiserhause wurden von der englischen Politik unverzüglich benutzt, um zwischen Deutschland und Rußland Mißtrauen zu säen. So ist der Versuch zu werten, den in Rußland verhaßten Prinzen Alexander von Battenberg, ehemaligen Fürsten von Bulgarien, durch Heirat mit einer kaiserlichen Prinzessin und durch Eintritt in die deutsche Armee in ein persönliches Verhältnis zum deutschen Kaiser zu bringen. Bismarck widersetzte si dieser Politik mit ganzer Kraft und drohte mit seinem Rücktritt, falls der Prinz von Battenberg auch nur irgendwie ausgezeichnet würde. In den Schriftstücken, die hieraus entstanden, entwirft der große Kanzler ein erstaunlich klares Bild von der Gestaltung der europäischen Lage im Falle eines deutsch-russischen Zerwürfnisses. In einer Eingabe an den Kaiser schreibt er u. a.:

„Die auswärtige Politik des Deutschen Reiches ist seit dem Frieden mit Frankreich vorwiegend auf die Erhaltung des Friedens und auf die

Verhütung antideutscher Koalitionen

gerichtet gewesen. Der Brennpunkt dieser Politik liegt in Rußland und in der Aufgabe, dem Kaiser Alexander persönlich das Vertrauen zur deutschen Politik zu gewähren und zu erhalten, dessen Seine russische Majestät bedarf, um den kriegerischen Velleitäten seiner Untertanen dauernden Widerspruch zu leisten. . . . Immer aber ist ein Krieg, den wir mit Rußland und Frankreich gleichzeitig zu führen hätten, auch wenn er siegreich bliebe, eine der größten Kalamitäten, welche über das deutsche Volk hereinbrechen können. Der Beistand Oesterreichs, auf welchen wir dabei rechnen, ist nicht so stark. wie er sein könnte, und kann unter Umständen, wenn in Italien Wechsel der Majoritäten und Regierungen stattfinden, durch einen Umschwung der italienischen Politik noch sehr vermindert werden, so daß wir gegen einen Anfall beider Nachbarn in der Hauptsache auf unsere eigenen Kräfte angewiesen sein würden. Ob wir Gefahr laufen, mit beiden gleichzeitig in Krieg zu geraten, darüber liegt wieder die Entscheidung ausschließlich beim Kaiser Alexander. Wir können mit Wahrscheinlichkeit annehmen, daß Frankreich, solange ihm Rußland nicht beisteht, uns in Ruhe läßt oder von uns wiederum geschlagen wird. Kann aber Frankreich auf russischen Beistand rechnen, so haben wir den Krieg mit beiden Mächten gleichzeitig in ganz sicherer Aussicht. Die Politik des hochseligen Kaisers Wilhelm hat es daher als ihre vornehmste Aufgabe betrachtet, den Frieden mit Rußland zu sichern und zudem Zwecke das Vertrauen des Kaisers Alexander zu unserer Politik zu befestigen und ihn dadurch widerstandsfähig gegen die kriegerischen Velleitäten seiner Untertanen zu machen. Durch jeden Wechsel in unserer Politik kann eine Wendung nach der Seite des Krieges hin in der politischen Lage herbeigeführt werden, deren weitere Entwicklung durch diplomatische Mittel nicht immer mit Sicherheit gehemmt werden kann. Es wäre ein großes Unglück für Deutschland nicht nur, sondern für alle friedliebenden Nationen in Europa, wenn lediglich durch einen Mißgriff in der diplomatischen Behandlung unserer Beziehungen zum Kaiser Alexander eine so verhängnisvolle Wendung, eine Zerstörung aller bisher erreichten diplomatischen Erfolge herbeigeführt werden sollte."

Aehnliche Gedankengänge kehren an anderen Stellen wieder, so in einem Schreiben an den Kronprinzen, Wilhelm, das durch temperamentvolle Randbemerkungen des Kronprinzen veranlaßt war.

Den dramatischen Abschluß der Bismarck-Akten bildet der bekannte Schriftwechsel zwischen Kaiser und Kanzler anläßlich der Kiewer Konsulatsberichte, in denen der Kaiser den unmittelbar bevorstehenden Ausbruch des Krieges erblickte.

Zwangswirtschaft der Menschen.

Polen und die Tschechoslowakei haben die ersten Jahre ihres staatlichen Eigenlebens dazu benutzt, dan Nachweis von Arbeitskräften als Monopol in die Hand des Staates zu legen. Wer eine Ahnung davon hat, wie sehr sich ein solches Arbeitsnachweismonopol zur Vergewaltigung unbeliebter Minderheiten benutzen läßt, wundert sich nicht über diese Maßnahme jener neuen Gewaltstaaten. Es gibt kein bequemeres Mittel, eine rigorose Bevölkerungspolitik gegen die zahlreichen Deutschen zu betreiben, die der Versailler Vertrag entgegen dem Sinn des vielgesungenen Liedes vom Selbstbestimmungsrecht der Völker in die Hand der Polen und Tschechen gegeben hat.

Die deutschen Mehrheitssozialdemokraten, die durch die Geheimräte des seinerzeit von ihnen gegründeten Arbeitsministeriums den Gesetzentwurf für ein ähnliches deutsches Arbeitsvermittlungsstaatsmonopol haben ausarbeiten lassen, dachten natürlich nicht daran, mit Hilfe dieses Zwangsmittels nationale Minderheiten im deutschen Reiche zu vergewaltigen. Aber daß sie im Reichswirtschaftsrat und im Reichstag bis zur Stunde mit allen Mitteln für die Durchsetzung des Monopols gekämpft haben, gibt immerhin zu denken. Im tiefsten Innern erhofften sie wohl mit Hilfe eines solchen „neutralen", ihnen ergebenen Monopols, den nichtsozialistischen Gewerkschaften des Genick zu brechen. Besonders die ihnen verhaßten christlich-nationalen Berufsverbände der Angestellten mit ihren großen eigenen Stellenvermittlungen sollten dadurch eines Teils ihres Einflusses beraubt werden. Was ihre Leute sorgsam verschwiegen, das hat der Kommunist Maltzahn im sozialen Ausschuß des Reichstages ausgeplaudert: „Wenn wir die Angestellten nicht hinein kriegen, nützt uns das ganze Gesetz nichts. Gerade den Angestellten soll ihr Hochmut ausgetrieben werden."

Der durch den Sozialen Ausschuß des Reichstages umgearbeitete Gesetzentwurf der Regierung wird das Plenum des Reichstages wahrscheinlich noch vor den Sommerferien beschäftigen. Das im allgemeinen recht gute Zusammenhalten der bürgerlichen Parteien in dieser Frage hat dem Regierungsentwurf die Giftzähne einigermaßen ausgebrochen. Was dabei herausgekommen ist, ist zwar noch unerfreulich genug, aber nicht mehr ganz so gefährlich, wie jener Monopolisierungswahnsinn, der sich in der Regieurngsvorlage austobt. Die einfache Vergewaltigung der Verbandsstellennachweise der Angestellten ist verhindert. Aber der Kampf ist noch nicht beendet und die bürgerlichen Wähler aller Parteien werden gut tun, mit ihren Abgeordneten ja aufzupassen, damit nicht durch den Mehrheitsbeschluß des Reichstagsplenums schließlich doch noch in Deutschland jene Zwangsbewirtschaftung der Menschen gesetzlich eingeführt wird, die in Polen und in der Tschechoslowakei ihre Orgien feiert.

Bunte Zeitung

Vom Gewitter.

Ein aufmerksamer Beobachter kann das Aufziehen eines Gewitters schon stundenlang vorher erkennen. Der Himmel nimmt in der Richtung aus der das Gewitter heraufzieht, eine grau-violette Färbung an, doch zeigt die aufsteigende Wolkenwand keine abgegrenzten Umrisse. Die Färbung wird allmählich intensiver, es erscheinen am Himmel schieferfarbige Wolken, die leicht ins violette spielen. Diese schieferfarbigen Wolken schieben sich halbkreisförmig in andere, grau gefärbte Wolken, und es entsteht ein immer dunklerer Wolkenwust. Da die Veränderung ziemlich rasch vor sich geht, kann der Beobachter das Gewitter mit größter Bestimmtheit vorhersagen. Es ist nun allerdings nicht leicht, den Zeitpunkt genau anzugeben, zu dem das Gewitter heraufkommt. Wintergewitter sind viel rascher da, als Sommergewitter, Gewitter in Norddeutschland haben es eiliger als solche in Süddeutschland. In Norddeutschland wandern die Gewitter etwa 39 Kilometer in einer Stunde, in Süddeutschland dagegen nur 37 Kilometer, Nachtgewitter gehen viel schneller. Man muß also allen diesen Umständen Rechnung tragen, wenn man genauere Angaben machen will. Wissenschaftler haben ferner festgestellt, daß in den weitaus meisten Fällen die Gewitter von Westen nach Osten ziehen. Im Osten auftauchende Gewitter sind außerordentlich selten und kommen nur am Tage vor. Die ersten Gewitter werden als Wirbelgewitter, die späteren Wärmegewitter genannt. Die Wirbelgewitter treten bei unruhigem, trübem Wetter auf, entwickeln sich allmählich mehr und mehr, kommen mit langer Front, die sich oft mehrere hundert Kilometer weit ausdehnt und werden von einem Ost- oder Südostwinde empfangen, der aber selten stark ist. Wärmegewitter dagegen verlangen ruhige Luft und Sonnenstrahlen. Sie brechen mit plötzlicher Heftigkeit hervor, verschwinden aber eben so rasch, während Wirbelgewitter sehr andauernd und zähe sind. Die Entstehung der Gewitter wird durch den Druck und die Temperatur der Luft bedingt. Bei hoher Lufttemperatur und starkem atmosphärischem Druck ballen sich die Gewitterwolken sehr leicht zusammen. Es ist falsch, wenn man behauptet, daß all zu große Hitze ein Gewitter hervorruft. Die meisten Gewitter kommen im Monat Juli vor und zwar in den Nachmittagsstunden zwischen zwei und vier Uhr. Die Morgenstunden von sechs bis acht Uhr weisen die wenigsten Gewitter auf. Das Binnenland hat wenig Nachtgewitter, dagegen werden die Küstenlandschaften besonders im Juli, sehr häufig, davon heimgesucht. Es gibt besonders Gegenden, die in der ganzen Welt als Gewitterherde bezeichnet werden. Die größte Gewittergegend ist die sumpfige Niederung zwischen dem Starnberger- und Chiemsee. An ihnen gibt es fast täglich lokale Gewitter, die die größte Mühe haben, über den See hinüber zu kommen. Ein anderer berüchtigter Gewitterherd ist der Baseler-Jura, das Solothurner Gebiet, aber auch das obere Ende des Züricher Sees. Ferner Appenzell und St. Gallen. Es ist ein weit verbreiteter Irrtum, daß Gewitter die Luft abkühlen. Die Abkühlung der Luft erfolgt lediglich durch die kältere Luftströmung der dem Gewitter entgegen tretenden Winde. Evenso durch den bei Gewitter meist niedergehenden Regen. Auch eine übergroße Furcht vor dem Gewitter ist nicht angebracht, da die sogenannten Schläge nur einen ganz kleinen Prozentsatz ausmachen. Immerhin soll sich niemand leichtsinnig in Gefahr begeben und die notwendige Vorsicht walten lassen.

Ein Mißverständnis.

Der Joseph Gänseschmalz erscheint vor Gericht in einem fürchterlichen Aufzuge: Viel zu langen Hosen, viel zu weitem Rock usw. Der Richter fragt ihn, wie er so vor Gericht erscheinen könne. „Aber entschuldigen Se", ruft Gänseschmalz, „Se haben mir doch ausdrücklich geschrieben, ich soll erscheinen „In Sachen meines Vaters."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919220623-13/fragment/page=0006